Nr. 70 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Dienstag, den 24. März 1925

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit.“ Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt“ ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen. Fernsprech-Anschluß 4667. Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr.

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung, 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 10 Pfg. im Anzeigen- und 50 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44, Fernruf 4605. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Der sterbende Kandidat.

Jarres figuriert nur noch als Puppe. / Fürst Hatzfeld, der Rechtsblock-Kandidat des zweiten Wahlganges.

Eine Tragikomödie.

Gestern Jarres, heute Hatzfeld, wer morgen?

÷ Halle (Saale), 24. März.

Also Jarres ist erledigt, total erledigt. Gestern hat ihn die Generaldirektion der Riebeck-Montanwerke am Riebeckplatz zwar noch in gewaltiger Lichtreklame dem passierenden Publikum präsentiert. Aber ein Riebeck-Montankandidat ist noch kein Reichspräsidentschaftskandidat. Wenn die Generaldirektion den Namen Jarres weiter durch Lichtreklame nächtens hinausschreit, so schreit sie die Schande der Versackungspolitik ihres Kandidaten hinaus.

Eigentlich ist das nicht mehr vonnöten. Die Veröffentlichung der Dokumente über die politischen Phantastereien des Duisburger Oberbürgermeisters haben in allen Kreisen der deutschen Wählerschaft einen ungeheuren Schrecken ausgelöst. Heute gibt es wohl kaum noch ein einziges normal funktionierendes Gehirn, das mit der Reichspräsidentschaft des Dr. Jarres nicht die Vorstellung von einer katastrophalen Entwicklung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse Deutschlands verbindet.

Die Veröffentlichungen haben bewirkt, daß Herr Jarres eigentlich heute bereits ein erledigter Mann ist. Ein Kandidat, der Rheinland und Ruhrgebiet einfach vom Mutterlande abschneiden und einem racheburstigen Militarismus ausliefern wollte, der sich damit tröstete, daß ein späterer Revanchekrieg die Gebiete vielleicht zurückeroberen könnte, ein Reichspräsidentschaftskandidat, der solchen Phantastereien huldigte und sie heute noch allen Ernstes als brauchbare Politik vertritt, hat keinen Anspruch darauf, sich zu beschweren, wenn man ihm eine Anwartschaft auf das politische Tollhaus prophezeit.

Wie tief dem Bürgerblock der Schreck in den Knochen sitzt, beweist die an anderer Stelle wiedergegebene Meldung, daß die Bürgerblöckler gar nicht mehr daran denken, Jarres für den zweiten Wahlgang als Kandidaten zu präsentieren. Damit geben sie offen zu, daß sie an den laut ausposaunten Sieg im ersten Wahlgang nicht glauben, und daß ihre ganze Flugblattpropaganda nicht mehr und nicht weniger als politischer Betrug ist. Tatsächlich sind die Deutschnationalen, die Volksparteiler und die Völkischen mit Jarres ebenso reingefallen wie sie mit jedem anderen Kandidaten hereinfallen werden. Diese von der Geschichte überholte Gesellschait hat keinen Mann, der es im Ernst unternehmen könnte, daß neue Deutschland im Konzert der Kulturvölker zu repräsentieren.

Als Bürgerblockkandidat des zweiten Wahlganges soll der Fürst von Hatzfeld, der Verbindungsmann zwischen Rheinlandkommission und deutscher Reichsregierung, in Frage kommen. Also die erste Pleite soll durch eine zweite Pleite wettgemacht werden. Wer ist Hatzfeld? Darüber schweigen die Blätter. Ein „überparteilicher“ Kandidat heißt es. Ein Kandidat zweifellos, aber weiter nichts.

Man kann sich vorstellen, welch eine Verwirrung in den schwarzweißroten Kreisen durch die Kandidatenpleite der Monarchisten bereits hervorgerufen worden ist, und in steigendem Maße weiter hervorgerufen wird, je länger das Theater dauert.

Hoch über diesem Komödienspiel steht Otto Braun, dessen Chancen sich von Tag zu Tag vermehren. Braun ist der republikanische Felsen, an dem sich die Wellen der Reaktion brechen werden. Für Braun wirken, ihn zu propagieren, ihn am 29. März wählen, heißt nicht nur den Landesverrat der Versackungspolitik brandmarken, sondern bedeutet auch die Plattform für den Entscheidungskampf am 26. April schaffen, an dem der republikanische Mann und der republikanische Gedanke aufsteigen müssen wie ein Fanal, dessen leuchtende Flamme den zerschlissenen Plunder dunkler Vergangenheit versengt und den Weg einer lichtvollen Zukunft bloßlegt.

Darum wählen wir Otto Braun.

Christen gegen Jarres.

Die Jarres-Presse hat in den letzten Tagen verschiedene Beweise dafür geliefert, was sich ihr Herr und Meister bei der Forderung einer „ritterlichen“ Kampfesweise in diesem Wahlkampf gedacht hat. Die „Zeit“ verleumdete Otto Braun als den „Nutznießer der Ruhrbesetzung“, die „Deutsche Tageszeitung“ erdreistete sich, unseren Kandidaten einen Barmat-Sozialisten zu nennen, und was sich die Rechtsparteien sonst noch an Verleumdungen über die republikanischen Parteien leisteten, geht auf keine Kuhhaut. Der eine Schwindel ist noch nicht vergessen, da wird die Rechtspresse und der Reichsblock schon wieder bei einer neuen Täuschung der Oeffentlichkeit ertappt. Vor wenigen Tagen haben sich schon einzelne Führer des Christlichen Gewerkschaftsbundes öffentlich darüber beschwert, daß Namen ihrer Kollegen unter dem Aufruf des Reichsblocks für Jarres stehen, ohne daß hierzu eine Berechtigung vorhanden war. Jetzt meldet sich der evangelische Leiter des Christlichen Gewerkschaftskartells von Berlin Wolffsohn und **führt Beschwerde darüber, daß sein Name ebenfalls wider Recht und Ordnung unter den Aufruf des Reichsblocks für den Repräsentanten des Besitzes gelangt ist.** Er sagt in seinem Offenen Brief: „Diesem Aufruf **stimme ich nicht zu. Ich muß ihm meine Zustimmung versagen, da er durchaus dazu angetan ist, einen Teil der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften vor den Kopf zu stoßen.**“

Das ist die „Ritterlichkeit“ des Reichsblocks, der im Geiste des Herrn Jarres arbeitet. Er verleumdet, lügt und betrügt. Wir aber fragen: Soll die „Ritterlichkeit“ des Reichsblocks in Zukunft Deutschland beherrschen? Wer das nicht will, wählt

Otto Braun!

Die Pleite-Kandidatur.

Das Zentrum soll ebenfalls für den Fürsten Hatzfeld gewonnen werden.

Berlin, 24. März. (Radiomeldung.)

Die Pleite des Jarres-Blocks anläßlich der Außenpolitik des Herrn Stresemann findet heute ihre volle Bestätigung durch die „Deutsche Tageszeitung“. Dieses Blatt erklärt ganz offen, daß gegenwärtig eine Präzisierung der schon allzuweit gehenden deutschen Vorschläge gar nicht mehr in Frage kommt, solange nicht auch von der Gegenseite reale Gegenleistungen geboten werden.

Das gilt, wie das deutschnationale Blatt ausdrücklich feststellt, sowohl für den Sicherheitspakt als auch für die Frage des deutschen Völkerbundsbeitritts, und das wird begründet mit der Feststellung: „Wir haben eben in Frankreich keinen loyalen Gegner, dem mit Offenheit und gutem Willen beizukommen ist.“

Das ist die offene außenpolitische Pleite des Jarres-Blocks und der Sieg der Alldeutschen über Stresemann, **der lieber macht, was der völkische Flügel der Deutschnationalen wünscht und sich als Verräter beschimpfen läßt, als daß er sein Amt quittiert.** Die Erklärungen der „Deutschen Tageszeitung“ bestätigen, daß Stresemann zwar zum Scheine auch jetzt noch die außenpolitischen Verhandlungen fortführen wird, aber entsprechend den am Sonntag getroffenen Vereinbarungen mit den Deutschnationalen **eine positive Präzisierung seines Vorschlages nicht vornehmen darf. Die Reaktion aus dem Auslande dürfte nicht lange ausbleiben, denn es wird keine Regierung der Entente geben, die sich von Deutschnationalen indirekt vorschreiben läßt, was sie zu tun und zu lassen hat.**

Die Pleite des Bürgerblocks ist aber nicht nur außenpolitisch, sondern eine allgemeine. Die außenpolitische Pleite muß sich an sich innenpolitisch auswirken, und vielleicht noch bevor der Jarres-Block am 29. März die erste Niederlage erleidet, wird sich diese Niederlage zeigen. **Das eine ist jedenfalls jetzt schon so gut wie sicher, daß Jarres wahrscheinlich für den zweiten Wahlgang nicht wieder kandidiert.** Herr Stresemann **besteht** zwar darauf, weil er das Amt des Außenministers liebgewonnen hat und **noch gerne sieben Jahre in der Wilhelmstraße regieren möchte. Deshalb in der Hauptsache die Kandidatur Jarres und deshalb die Vernichtung der Sammelkandidatur Dr. Geßler, mit dem Herr Stresemann trotz seiner Einstellung sicherlich nicht hätte so spielen können wie mit Jarres, der als Reichspräsident nichts anderes wäre wie der junge Mann des Herrn Stresemann, der Repräsentant des Besitzes. Aber die Vorwürfe der Versackungspolitik sind Herrn Stresemann so zu Nieren gegangen und auch auf die maßgebenden Mitglieder des Blockes so wirkungsvoll gewesen, daß man sich schon heute um eine neue Sammelkandidatur des Bürgerblocks bemüht und Herrn Jarres so gut wie abgetan betrachtet.** Dieser neue Mann soll der Fürst von Hatzfeld sein, der vor wenigen Jahren deutscher Verbindungsmann bei der Rheinlandkommission in Koblenz war. Er gilt politisch als „unbeschrieben“ und überparteilich, besitzt also die Fähigkeiten, die er vor allen Dingen braucht, um Kandidat des Reichsblocks zu sein. Welche politischen Unkenntnisse er hat und in welcher Weise er den Besitz repräsentiert, hat für den Reichsblock nichts zu sagen. **Jedenfalls ist man an das Zentrum schon ernst mit der Anregung herangetreten, im zweiten Wahlgang den Fürsten Hatzfeld als gemeinsamen Kandidaten aufzustellen.**

Vielleicht aber wird den Herren vom Rechtsblock diese Anregung leid, wenn sie am Mittwochvormittag die Rede des früheren Reichskanzler Dr. Marx als Zentrumskandidaten hören. Marx ist heute vormittag in Köln eingetroffen und wird dort vor einem auserlesenen Publikum über die Grundzüge seines Programms, das er evtl. als Reichspräsident verfolgen wird, sprechen. Im Vordergrund seiner Ausführungen steht, **wie wir bestimmt** wissen, **ein Bekenntnis zur Republik und ein neues Bekenntnis zu den „schwarzrotgoldenen“ Fahnen des heutigen Staates.**

Alte Lügen.

Braun und die Versackungspolitik.

Die Brüder von rechts wissen scheinbar nicht mehr ein noch aus. Da Herr Jarres seine Kopflosigkeit im Herbst 1923 nicht bestreiten kann, so versucht die ihm nahestehende Presse jetzt gegen andere Politiker ähnliche Angriffe zu verbreiten. Natürlich wäre damit noch nicht das geringste für Jarres gesagt. Aber man hofft, auf die Weise ablenken zu können. Die „Deutsche Tageszeitung“ zitiert eine Rede von Jarres vom Dezember 1924, in der er behauptet:

„Herr Hilferding (Soz.) und der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun waren es, die für sofortige Einstellungen der Zahlungen für das besetzte Ruhr- und Rheingebiet eintraten. Wer heute noch behauptet, „ich wollte das Rheinland verraten“, den bezeichne ich vor aller Oeffentlichkeit für einen politischen Heuchler und Lügner.“

Natürlich ist das ein unerhörter Schwindel. Bereits am 22. November 1924 hat der Amtliche Preußische Pressedienst gegen die „Zeit“, als sie dieselbe Behauptung aufstellte, eine Erklärung veröffentlicht, die diese Lüge gebührend brandmarkt. In der Erklärung heißt es:

„Ministerpräsident Braun ist während der ganzen Zeit, in der sich die Dinge im Rheinland kritisch zu entwickeln drohten, ununterbrochen und mit aller Energie für die berechtigten rheinischen Interessen eingetreten.

Er hat sich gegen die sogenannte Versackungspolitik, die er als verhängnisvolle Katastrophenpolitik einschätzte, innerhalb der Regierung und vor der Oeffentlichkeit des Landtages mit der denkbar größten Schärfe gewandt.

Er hat sich daher auch niemals — und darum handelte es sich in den kritischsten Tagen ja ganz besonders — für die Einstellung der an die Erwerbslosen in den besetzten Gebieten gezahlten Unterstützungen gewandt, sondern ist in den entscheidenden Besprechungen mit dem Reichskabinett lediglich dafür eingetreten, daß diese Erwerbslosenunterstützungen von ihrer exzeptionellen Höhe auf das im ganzen Reiche zur Anwendung kommende Maß mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches zurückgeführt würden, und daß vor allem nur die wirklich objektiv Berechtigten diese Unterstützung erhielten. Und das erst, nachdem sich 1. herausgestellt hatte, daß sehr viele Erwerbslosenunterstützungsempfänger in den besetzten Gebieten diese Zuwendungen zu Unrecht erhielten, und daß so sehr erhebliche Summen vom Reiche auf diese Weise unnütz verausgabt wurden, und 2. nachdem die beiden aufeinanderfolgenden Reichsfinanzminister übereinstimmend erklärt hatten, daß sie überhaupt die Mittel zur Weiterzahlung auch der eingeschränkten Erwerbslosenunterstützung nicht mehr besäßen!

Im übrigen täte die „Zeit“ sehr gut daran, ehe sie Ministerpräsident Braun der Versackungspolitik beschuldigt, einmal das **Protokoll der Landtagssitzung vom 5. Dezember 1923** nachzulesen, in der Ministerpräsident Braun im Rahmen eines starken Treubekenntnisses zu den Rheinlanden **für die gleichmäßige Behandlung der Bevölkerung im besetzten und unbesetzten Gebiet in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung** eintrat und vor allem erklärte, daß die preußische Staatsregierung **jede staatsrechtliche Aenderung in bezug auf die Rheinlande, jede territoriale Aenderung preußischen Gebietes und jede Beeinträchtigung preußischer Hoheitsrechte mit allem Nachdruck ablehne und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen werde.**“

Otto Braun hat also als preußischer Ministerpräsident in jeder Weise gegen die Kopflosigkeit des Herrn Jarres angekämpft und ihm, wie der Haltung der Sozialdemokratie ist es mit in erster Linie zu verdanken, daß die Reichsregierung in ihrer Mehrheit damals die Nerven nicht verlor, sondern den einzig möglichen Weg der Verhandlungen ging, der über London zu einer langsamen Gesundung unserer Verhältnisse führte. Jarres tät gut, wenn er seine Rechtsblockpresse anwiese, nicht allzu faustdick zu lügen. Das ist doch unzweckmäßig.

Jarres auf den Knien vor Ludendorff.

Berlin, 24. März. (Radiomeldung.)

Ludendorff, der Präsidentschaftskandidat des Herrn Hitler, soll sich für Jarres opfern. Man hofft im Reichsblock auf diese Art mindestens eine Million Stimmen mehr für den „überparteilichen“ Kandidaten zu erhalten. **Für den zweiten Wahlgang hat Ludendorff bereits den Verzicht auf seine Kandidatur ausgesprochen.** Inzwischen hat Herr Jarres 48 Stunden Aufenthalt in München genommen und, wenn wir richtig unterrichtet sind, auch **für seine Person bei Ludendorff in dessen Villa geworben.**

Es gehört hierzu schon der Charakter eines Reichsblockkandidaten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250324-18/fragment/page=0001

Nicht nur Versackungs- sondern auch Konjunkturpolitiker.

Der Wahlfonds des Reichsblocks für den Versackungspolitiker Jarres ist inzwischen auf weit über 4 Millionen Mark angestiegen. Man sieht, die Herren der Schwerindustrie und die Agrarier lassen sich die Geschichte etwas kosten und damit gestehen sie am besten, wer Dr. Jarres ist. Er ist der ausgesprochene Vertreter des Besitzes, der Mann des sozialen Rückschritts, ein ausgesprochener Reaktionär.

Aber es gab Zeiten, wo Jarres auch einmal anders gekonnt hat und wo er mit den Machthabern auf der Linken in starkem Maße sympathisierte. Wir erinnern daran, weil sich der Versackungspolitiker und Kandidat der Rechten am Sonntag in Hannover in die Pose einer entrüsteten Erscheinung geworfen und über diejenigen das Verdammungsurteil gesprochen hat, die Ende 1918, als die Hohenzollern wie die Hasen davonliefen und alles im Stich ließen, die Führung des Volkes übernahmen. Plötzlich ist Herr Jarres der Meinung, daß damals die Umwälzung von innen heraus erfolgte, während er noch 1919 mit Schimpf und Schande im engeren Kreise über die flüchtigen Hohenzollern gesprochen hat und ihr Verhalten in Grund und Boden verdammte. Heute ist ihm die Vergangenheit heilig, heute schwört er schwarzweißrot, und damals? Von diesem Heiligtum der Vergangenheit war bei Herrn Jarres mindestens bis zum Jahre 1921 nichts zu spüren. Er hätte damals genau so schwarzrotgold für sein Heiligtum erklärt, wie er das heute mit schwarzweißrot macht, und wir sind überzeugt, daß Jarres auch noch einmal die Machthaber auf der Linken anbeten wird, wenn er nicht Reichspräsident wird und sich in Duisburg mit dem Amt des Oberbürgermeisters weiterhin zufrieden geben muß. Er ist nicht nur Versackungspolitiker, sondern auch Konjunkturpolitiker, er kann so und kann so, er hat jahrelang die Fahne nach dem Winde getragen und wird, wenn es darauf ankommt, eines Tages auch wieder einmal anders können, als es heute der Fall ist.

All das sagt der Reichsblock zur Unterdrückung der Wahrheit und zum Betrug des Volkes natürlich nicht. Er hat bis heute 297 Flugblätter von dem Gelde der Schwerindustrie und der Agrarier drucken lassen und dürfte, wenn wir richtig informiert sind, in diesen Tagen nochmals 50 besondere Flugblätter in einer Auflage von vielen Millionen mit dem ältesten und neuesten Schwindel der Oeffentlichkeit zum Besten geben. Nur die Wahrheit wird das deutsche Volk durch diesen Reichsblock nicht erfahren, und trotzdem bleibt Jarres ein Versackungs- und ein Konjunkturpolitiker.

„Ein eingefleischter Reaktionär."

Genf, 23. März. (Eig. Drahtbericht.)

„Tribune de Geneve" schreibt am Montag bei Besprechung der Präsidentenwahl über Jarres: Er ist ein eingefleischter Reaktionär, der seine monarchistischen Sympathien keineswegs verhehlt. Seine Wahl würde ein Gegenstück zu der von Mac Mahon von 1873 sein, der auch der Schildhalter der Monarchie war. Das Blatt erinnnert dann an seine glorreiche Versackungspolitik und versichert, daß **„er als Präsident Deutschland ebenso sicher versacken lassen würde"**, wenn man ihn wählte. — Das „Journal de Geneve" schreibt: Jarres ist der Mann der Großindustrie, die ihn mit allen Mitteln am 29. März durchbringen will. Sie wird ihre Gründe dafür haben.

Wann ist der Präsident gewählt?

Nach Beendigung der Wahl, sei es nun am 29. März oder am 26. April, sind alle bei der Wahl amtlich beteiligten Personen, die Wahlleiter usw., verpflichtet, nachdem die Auszählung der Stimmen erfolgt ist, das Resultat aus ihrem Kreise sofort telegraphisch oder telephonisch, jedenfalls auf dem schnellsten Wege **dem Reichswahlausschuß zu übermitteln.** Der Reichswahlausschuß prüft nun das eingegangene Material. Hat einer der Kandidaten im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, und ist der Wahlausschuß der Ansicht, daß der Wahlakt in gesetzlichen Formen vor sich gegangen ist, **so fragt der Vorsitzende des Reichswahlausschusses den gewählten Kandidaten, ob er die Wahl annimmt.** Sagt er ja, dann erfolgt zunächst eine Nachprüfung des inzwischen eingesandten ausführlichen Wahl- und Stimmenmaterials. Dieses wird eingehend geprüft und, wie bereits gesagt, vom Wahlprüfungsgericht überprüft. Sind auch diese Instanzen der Ansicht, daß die Wahl den gesetzlichen Bestimmungen entsprochen hat, **dann erfolgt eine Veröffentlichung des Wahlresultats im „Reichsanzeiger", und erst dann gilt der neue Reichspräsident als offiziell gewählt.** Bringt aber der erste Wahlgang am 29. März insofern kein Resultat, als keiner der Kandidaten mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat, dann teilt der Reichswahlleiter diese Tatsache dem Reichsminister des Innern mit, und **der Reichsminister des Innern stellt beim Reichstag den Antrag, einen zweiten Wahlgang zu beschließen.** Derselbe Vorgang könnte sich auch übrigens ergeben, wenn der erste Wahlgang zwar eine Wahl gebracht hat, der Gewählte aber (doch das dürfte schwerlich vorkommen) die Wahl ablehnen sollte. Auch unter diesen Umständen müßte der Reichsminister des Innern an den Reichstag den Antrag stellen, einen zweiten Wahlgang zu beschließen. **Als gewählt im zweiten Wahlgang gilt der Kandidat, der die meisten der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.**

Sie schlagen und vertragen sich.

Der wandelbare Stresemann.

Am Sonnabend bzw. Sonntag drohte das Regierungsgebilde, dessen Vater sich Stresemann nennt, zu bersten. Aber schon am Sonntagabend gegen 9 Uhr war wieder alles in Butter, Stresemann und Westarp lagen sich wieder in den Armen und schworen sich gegenseitige Treue, wenigstens bis zum 29. März oder, wenn es notwendig ist, auch bis zum 26. April. Die „Deutsche Zeitung" gibt in ihrer Montagabend-Ausgabe Auskunft über den Grund dieser wiedererstandenen Freundschaft, indem sie folgendes schreibt:

„Soweit wir unterrichtet sind, ist auch die Reichsregierung jetzt durchaus bereit, dem vaterländischen Verlangen in weitem Maße Rechnung zu tragen, so daß gegenwärtig folgenschwere Zwistigkeiten überhaupt nicht zu befürchten sind."

Ist das richtig, dann beabsichtigt also Herr Stresemann jetzt, gegen seine Ueberzeugung die Politik der Leute zu machen, nach deren Auffassung er gestern noch vor den Staatsgerichtshof gehörte. Er will also den Weg der Verständigungspolitik verlassen und sich auf die Fährten des Alldeutschen Verbandes begeben, dessen Mitglieder restlos dem völkischen Flügel der Deutschnationalen Partei angehören. Vorgestern noch stellte der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Herr Claß in Dresden fest, daß Stresemann das Recht verwirkt hat, an der Leitung der auswärtigen Geschäfte belassen zu werden und forderte schließlich: **Fort mit einem solchen Minister! Herr Stresemann gehört vor den Staatsgerichtshof,** damit er sich wegen seines Frevels verantworte.

Wer hat nun recht und wer ist charakterlos? Ist es richtig, daß der Reichsminister des Auswärtigen, der noch vor 24 Stunden nach der Auffassung der Alldeutschen vor den Staatsgerichtshof gehörte, jetzt dem „vaterländischen Verlangen" nach der Auffassung der „Deutschen Zeitung" Rechnung tragen will, oder sind die Alldeutschen innerhalb 24 Stunden umgefallen? Das eine wie das andere ist u. E. charakter- und würdelos. Ein Mann, der heute wieder mit den Leuten zusammenarbeitet, die ihn tags zuvor vor den Staatsgerichtshof stellen wollten, kann weder das Vertrauen des Inlandes noch Auslandes besitzen, und ein Verband, dessen Vorsitzender „Fort mit Stresemann!" ruft, und dann in unmittelbarer Folge in ihn das Vertrauen setzt, daß er dem „vaterländischen Verlangen in weitestem Maße Rechnung trägt", muß für die öffentliche Meinung erledigt sein.

Wir können uns nicht vorstellen, daß das eine und das andere zutrifft. Entweder fällt unser Vorwurf nur auf Herrn Stresemann, oder aber die „Deutsche Zeitung" hat gelogen. Was ist nun richtig?

Waffenstillstand im Bürgerblock.

Von unterrichteter Seite erfahren wir: Die am Sonntag zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsaußenminister und maßgebenden Vertretern der deutschnationalen Fraktion geführten Verhandlungen haben keineswegs, wie es die „Zeit" am Montag darzustellen versucht, zu einer Verständigung über die künftige Außenpolitik der Regierung Luther geführt. Die Verhandlungen haben lediglich das Ergebnis gehabt, daß die Deutschnationalen vorläufig Herrn Stresemann nicht mehr angreifen, während Stresemann die außenpolitische Aktion bis auf weiteres im positiven Sinne nicht fortsetzen wird. Dieses Abkommen, das im Grunde genommen auf einen Waffenstillstand innerhalb der Regierungskoalition hinausläuft, hat Geltung bis zum Abschluß der Reichspräsidentenwahlen. Es wurde vereinbart, da eine Einigung auf der Grundlage der jetzigen Außenpolitik des Herrn Stresemann nicht möglich war, während ohne den Waffenstillstand der Reichsblock für Jarres schon jetzt auseinandergefallen wäre.

*

Diese Meldung, die der Soz. Parl.-Dienst von gut unterrichteter Seite erhalten hat, zeigt, daß es tatsächlich im Jarres-Block kracht! Nur der Umstand, daß der Reichsblock für den Fall einer tatsächlichen Krise auseinanderzufallen drohte, hat den offenen Krach bisher vermieden. Man will möglichst erst Herrn Jarres durchs Ziel führen. Das ist vor allen Dingen der Wunsch der Deutschnationalen, die auf den Versackungspolitiker, der sich selbst den „Mann der Tat" nennt, große Hoffnungen setzen.

Der deutschnationale Suppenkasper.

**„Ich esse meine Suppe nicht,
Nein, meine Suppe ess' ich nicht!"**

Der überparteiliche Rundfunk.

Berlin, 24. März. (Radiomeldung.)

Der Angriff gegen die Reichsregierung wegen der Benutzung des Berliner Rundfunks zur Verbreitung deutschnationaler Phrasen hat jetzt zu einer amtlichen Verlautbarung Anlaß gegeben, in der es heißt, daß auch die Herren der Regierung Luther den Rundfunk als „überparteiliche Stelle" betrachten. Die Wiedergabe deutschnationaler Dementis soll aber mit dieser Ueberparteilichkeit in keinem Widerspruch stehen. Die Deutschnationale Partei betrachtet sich also als der Staat und ihre Minister als die Beauftragten der Partei zur Führung des Staates. Das Volk muß ihnen am 29. März beweisen, wer in Wirklichkeit den Staat von heute bildet.

Tscheka-Prozeß.

Leipzig, 24. März. (Eig. Drahtbericht.)

Am 28. Verhandlungstag des Tscheka-Prozesses verliest Rechtsanwalt Wolff einen Beweisantrag, in dem zum Ausdruck kommt, daß die **Kommunistische Partei niemals die Absicht hatte, die Regierung zu stürzen** (!), sondern nur einem Putsch von rechts zu begegnen, der immer zu befürchten war und auch noch bis in die jüngste Zeit zu erwarten ist. Er ersucht, als Beweismaterial die Akten des Staatsgerichtshofes gegen Ehrhardt, v. Jagow, Roßbach, Techow, die Organisation Consul usw. sowie auch die des Münchener Volksgerichts gegen Hitler heranzuziehen. Die Rechtsorganisationen verfügten heute noch über zirka 100 000 Bewaffnete, welche in engster Beziehung zur Reichswehr stehen. Ebenso sollen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit eine ganze Anzahl Schriftstücke zur Verlesung kommen. Ferner beantragt Rechtsanwalt Wolff zirka 30 neue Zeugen, u. a. v. Seeckt, Geßler, Severing, v. Kahr (München), v. Lossow (München), Hitler, Ludendorff und Ehrhardt zu laden. Nachdem dem Vorsitzenden das Protokoll übergeben worden ist, erklärt dieser, daß darüber erst beraten werden muß.

Frau Rausch äußert sich ausführlich über die Mordtat an ihrem Gatten, ebenso der Schwager Matschke und die Zeugin Schulz. Rausch habe unmittelbar nach der Tat erklärt, **Fritz Poege habe ihn erschießen wollen.** Für die Familie hätte er trotz seiner hohen Einkünfte nicht gesorgt, so daß sie tagelang gehungert hätte. Frau Rausch erklärt weinend, er sei auch leichtsinnig gewesen. — Es werden dann nochmals die Zeugen von Berg und Hanf vernommen, sowie der Landgerichtsrat Schneider und der Kriminalkommissar Lauer, die die Widersprüche der beiden ersten Zeugen aufzuklären versuchen.

Landgerichtsdirektor Vogt wendet sich gegen die Anschuldigungen, die von einem Teil der Angeklagten gegen ihn erhoben worden sind. Seiner Ansicht nach hat Neumann die Wahrheit gesagt. Er bezeichnet diesen als wahrheitsliebenden Menschen. Poeges frühere Aussagen seien ebenfalls richtig gewesen. — Während der weiteren Ausführungen des Zeugen kommt es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden. Der Zeuge äußert sich dann noch ausführlich über die Aushebung der Paßfälscherzentrale in Berlin-Neukölln. Dort sind sämtlichen Angeklagten, wie an einer Liste festgestellt wurde, falsche Pässe ausgestellt worden. — Fortsetzung der Verhandlung Dienstag morgen 9 Uhr.

Altpreußisches Gelichter.

Vor einigen Tagen brachte ein demokratisches Mittagsblat Mitteilungen über das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen die Führer der Deutschen Landbundgenossenschaften, die Herren von Natzmer, von Heinitz, Freiherrn von Ascheberg und Direktor Vollmer. Obwohl es sich um sehr detaillierte und zweifellos zutreffende Angaben handelte, hat die republikanische Presse bisher seit drei Tagen von der Sache keinerlei Notiz genommen. Es hätte doch immerhin bei dem Korruptionsgeheul der Rechtspresse interessiert, zu erfahren, daß es sich bei den Hauptangeschuldigten um führende Persönlichkeiten des Landbundes und der Landbewegung handelte, denen die Staatsanwaltschaft immerhin nicht unbedeutende Dinge wie Betrug, Unterschlagung, Untreue, Konkursvergehen und falsche Abgabe eidesstattlicher Versicherungen vorwirft. Es hätte interessiert, zu erfahren, daß Herr von Natzmer in der Deutschnationalen Partei eine nicht unerhebliche Rolle spielte und deutschnationaler Kandidat zu den Landtagswahlen im Kreise Frankfurt a. O. war. Es hätte interessiert zu erfahren, daß ein Hauptobjekt der Untersuchung ein Kredit von 1 Million Mark bildet, den die Reichsgetreidestelle bereitwilligst den Landbundgenossenschaften zur Verfügung gestellt, den aber Herr von Natzmer bestimmungswidrig als Privatkredit in die Hände einiger verschuldeter Rittergutsbesitzer geleitet hat. Es hätte interessiert zu erfahren, daß dieser Herr von Natzmer seinerzeit den agrarischen Steuerstreik gegen die Wirth-Regierung zu inszenieren versucht hat.

Aber wenn schon die republikanische Presse diese Dinge beinahe unbeachtet läßt, so kann man sich nicht wundern, daß die Rechtspresse gänzlich darüber schweigt. Denn für diese selbstlosen „Reiniger des öffentlichen Lebens" kann natürlich ein Fall kein Interesse haben, bei dem die Belasteten allein Deutschnationale, Landbündler, Adlige und Rittergutsbesitzer sind. Dieser Fall paßt ja nicht in das Schema: „Hie korrupte Republik — hie altpreußische Ehrlichkeit".

Aus diesem Grunde findet auch der Skandal der von Zitzewitz und Genossen, den der zweite preußische Untersuchungsausschuß aufgedeckt hat, in der Rechtspresse so gut wie gar keine Erwähnung. Freilich — das adlige Vierblatt von Zitzewitz, von Etzdorf, von Karstädt und von Carlowitz läßt sich beim besten Willen nicht unter dem Rubrum „Neudeutsche Größen" oder gar „Galizische Ostjuden" abtun. Und doch wird hier durch die Wirklichkeit weit übertrumpft, was selbst die phantasievollsten Gemüter der Rechtspresse zur Ausschmückung des Barmat-Falles sich zusammengeschwindelt haben. Ohne jede Bedenken schüttet der Geheimrat Nehring, dieser wackere altpreußische Beamte von echtem Schrot und Korn, 5 Millionen Mark, die gemeinnützigen Siedlungs- und Bauzwecken dienen sollten, an das adlige Schieberkonsortium zu Spekulationszwecken aus. Diese Herren verfuhren mit dem mühelos erhaltenen Geld genau so „großzügig". Hunderttausende gehen für Provisionen drauf, Hunderttausende für „persönliche Unkosten" und rätselhafte Spesen. Das Geld wurde in der frivolsten Weise verjubelt, bei Nehring war ja so leicht neues zu bekommen.

Eins der Hetzblätter, das am wüstesten gegen die Sozialdemokratie und gegen die „korrupte Republik" tobt und getobt hat, ist die „Pommersche Warte", das Organ der Völkischen in Pommern. Jüngst ist nicht nur der Geschäftsführer dieser Zeitung mit der Kasse durchgebrannt, auch der Berichterstatter des Blattes Max Bengelsdorf wurde dieser Tage wegen versuchter Erpressung verurteilt. Er hatte als Gerichtsberichterstatter einem Verurteilten die Unterdrückung des Berichts gegen entsprechende „Vergütung" angeboten. So sieht die Presse aus, die sich zum Wächter der öffentlichen Tugend und Moral aufwirft.

Es wird Zeit, auf diese und ähnliche Dinge viel energischer hinzuweisen, als das bisher geschehen ist. Wie ist es beispielsweise der Rechtspresse immer noch möglich, durch eine geschickte Verkoppelung der Namen Barmat und Kutisker die Sozialdemokratie mit Kutisker in Verbindung zu bringen? Es war zweifellos ein geschickter Schachzug, daß sogar durch die Meldung des halbamtlichen WTB. die Verhaftung Barmats auf angebliche Beteiligung an den Kutiskerschen Schwindelgeschäften zurückgeführt wurde. Mittlerweile steht aber fest, daß nicht nur zwischen Barmat und Kutisker keine Beziehungen bestanden haben, sondern daß Kutisker als Heereslieferant der Baltikumer empfohlener Schützling militärischer und großagrarischer Kreise war. Aber die Verbindung Sozialdemokratie-Barmat-Kutisker wird nicht ohne Grund konstruiert. In den schlimmsten Zeiten französischer Willkürjustiz wurden politische Angeklagte dadurch kompromittiert, daß man neben sie irgendeinen gemeinen Verbrecher in einer gar nicht zusammengehörigen Sache auf die Anklagebank setzte. Man nannte das: ein Ragout machen. Solch ein Ragout soll auch jetzt mit Hilfe des Herrn Kutisker gemacht werden, den niemals irgendein führender Sozialdemokrat gekannt hat.

Aber noch an manches andere müßte erinnert werden. Vergessen ist schon fast der Name jenes holländischen Bankhauses Grußer, Philippsohn & Co., dessen Spezialität in der Inflationszeit Verschiebung deutschen Vermögens nach Holland war und dessen Kundenkreis sich fast ausnahmslos aus höchstem Adel und Spitzen des alten Systems zusammensetzte, angefangen von dem wegen Kapitalflucht gerichtlich bestraften Eitel-Schieberich. Von den Finanzskandalen aus der kaiserlichen Zeit, den Tippelskirchiaden usw., ganz zu schweigen.

Aber freilich — die Rechtspresse hat ja an ihrem Korruptionsgeschrei ein vitales Interesse. **Sollen doch die erzeugten Gasnebel nur dazu dienen, um ungestört den großzügigen Raubzug auf die Taschen der Besitzlosen ausführen zu können, der je dagewesen ist.** Die wichtigsten Punkte dieses Programms lauten: **700 Ruhrmillionen, Schutzzölle, anderthalbfache Friedensmieten, immer stärkerer Abbau der Steuern auf Besitz und hohes Einkommen, Bruch der Aufwertungsversprechen.** Diese leuchtenden Ziele sind schon einigen Schweißes der Erlauchten und Edlen der Nation wert. Repräsentant dieses Programms aber ist Herr Jarres.

*

Der abbauende Staatsanwalt.

Berlin, 24. März. (Radiomeldung.)

In Moabit wird eifrig weiter abgebaut. Die einzigen Häftlinge im Fall Barmat sind jetzt noch die beiden Brüder Barmat, nachdem am Sonntag auch der Hauptangeschuldigte, Klenzke, durch Beschluß des Kammergerichts gegen den Widerspruch der Staatsanwaltschaft aus der Haft entlassen worden ist.

*

Das beste wäre, wenn der Staatsanwalt selbst bald entlassen würde.

Sozialistischer Sieg.

Genf, 24. März. (Eig. Drahtbericht.)

Bei den am Sonntag erfolgten Stadtratswahlen in Zürich erhielten die Sozialisten die absolute Mehrheit mit 64 von 125 Sitzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250324-18/fragment/page=0002

Der hungernde Herzog.

Das war schon früher so: Je kleiner die Potentaten, desto größer ihre Gier nach Geld und Besitz. Die Duodezfürsten waren ja bekanntlich die größten Sklavenhändler im alten unheiligen römischen Reich deutscher Nation. Bei ihnen besorgten sich die Engländer das Kanonenfutter für ihre Kriege in den Kolonien. Sie sind uns erhalten geblieben, diese Nimmersatte, bis auf den heutigen Tag. Sie können sich nie und nimmer mit dem Verlust ihres Thrönchens abfinden und noch viel weniger mit der Abfindung.

Da ist das kleine Braunschweig, das seit Jahren einen Kampf mit dem abgedankten Welfenherzog Ernst August führt. Von der letzten Linksregierung forderte er bescheiden im „Vergleich" nur 44 000 Morgen gutes Land mit 3 Schlössern, 16 Gebäuden, Forsthäusern usw., ferner Anteil am Landesmuseum und an der berühmten Wolfenbüteler Landesbibliothek. Die alte Linksregierung mochte von dieser Bescheidenheit nichts wissen. Also lief der Exherzog zum Kadi, und Gott sei Dank, es gibt noch Richter — auch in Braunschweig, die der verfolgten und gequälten Unschuld zu ihrem Recht verhelfen. Vor dem 1. Zivilsenat des Oberlandesgerichts in Braunschweig wurde in der letzten Woche über die Klage verhandelt. Natürlich ging der Exherzog jetzt sofort über den früheren Vergleichsvorschlag hinaus. Warum auch nicht? Er hat ja „nur" 130 000 Mark im Jahr zu verzehren. Das ist doch entsetzlich wenig. Kein Wunder, daß der eine Rechtsbeistand des Welfen erklärte, man könne es nicht mehr ruhig ansehen, wie die Familie hungern müsse! Der Vertreter der Landesregierung, Rechtsanwalt Dr. Regensburger, war so dreist, zu bezweifeln, daß die Einnahmen des Herzogs nur 130 000 Mark betragen. Schließlich aber habe der Kläger doch riesige Substanzwerte, so z. B. eine Gemäldesammlung, in der ein einziges Bild bereits über 1 Million Mark wert sei, und dann sei auch noch der große Silberschatz der Welfen da, der auf 100 Millionen Goldmark geschätzt werde.

Wie, was? Eingriff in die heilige Substanz gestürzter Potentaten? Nein, nein. Bedauerlicherweise mußten schon große Eingriffe gemacht werden; die sind selbstverständlich bei einem Vergleich gebührend zu berücksichtigen. So der Vertreter des gestürzten Welfen. — Es gab dann noch lange juristische Auseinandersetzungen, und das Ende war, daß beide Parteien zunächst einmal verpflichtet wurden, dem Gericht Unterlagen über ihre Vermögenslage beizubringen. Der Herr Oberlandesgerichtspräsident wies darauf hin, daß hauptsächlich ein Vertrag vom Jahre 1832 zu prüfen sei, und dann warnte er väterlich: Wenn kein Vergleich zustande komme, könne der Prozeß noch zehn Jahre dauern, Unsummen verschlingen und im Falle eines Sieges des Exherzogs das kleine Braunschweig in einen großen Bankrott stürzen.

Wird die Mahnung was nützen? Sicherlich nicht. Schon hat der Braunschweiger Landtag eine schwarzweißrote Mehrheit, und die wird schon dafür sorgen, daß der Exherzog die Taschen vollgestopft bekommt. Beim Anziehen der Steuerschraube werden die Leidtragenden die Schichten des Arbeiter- und Mittelstandes sein. Aber was ist da zu machen? Die harmlosen Gemüter, die bei der letzten Wahl in Braunschweig den Schwarzweißroten in den Sattel halfen, werden sich schon damit abfinden müssen, wenn die Abfindung auf ihrem Buckel erfolgt.

Magdeburger Prozeß.

Magdeburg, 24. März. (Eig. Drahtbericht.)

Als erster Zeuge in der Montagverhandlung der dritten Verhandlungswoche im Rothardt-Prozeß wurde der ehemalige Reichskanzler Fehrenbach vernommen, der zu Beginn seiner Vernehmung erklärte, zu den eigentlichen Vorgängen im Januar 1918 aus eigenem Erleben nichts sagen zu können. Er sei nur in der Lage, im allgemeinen ein Bild von der Persönlichkeit des verstorbenen Reichspräsidenten zu geben. Vors.: Herr Zeuge, erinnern Sie sich, daß der damalige Abgeordnete Ebert im Haushaltsausschuß des Reichstages eine Rede gehalten hat, in der er das Vorgehen des österreichischen Proletariats, das damals in einem Munitionsarbeiterstreik stand, mit aller Sympathie begrüßte? — Zeuge Reichskanzler a. D. Fehrenbach: Man muß bei Beurteilung einer solchen Rede die damalige Situation in Betracht ziehen. Alle Kreise des Volkes, die damals noch an einen guten Ausgang des Krieges glaubten, sahen in dem Verhalten des Generals Hoffmann, der in Brest-Litowsk Frieden schließen sollte, den Anfang des Zusammenbruchs. Auch ich persönlich hatte das Gefühl und brachte auch meine Meinung damals zum Ausdruck, daß diese Geschichte nicht gut ausgeht, und da ist es das Recht jeder Partei, die einen vernünftigen Friedensschluß wollte, alles zu tun, um eine Katastrophe zu vermeiden. — Auf weitere Fragen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge: Ich glaube nicht, daß Ebert aufgefordert hat, den Gestellungsbefehlen keine Folge zu leisten. Nach seiner ganzen Einstellung zur Landesverteidigung ist das unmöglich. Was den Schlußsatz seiner Rede im Haushaltsausschuß anbetrifft: „Wir drohen nicht, aber wir warnen", so ist dazu zu sagen, daß solche und ähnliche Aussprüche von allen Parteien gebraucht wurden. Man darf auch nicht verlangen, daß eine Partei, obwohl sie ehrlich zur Landesverteidigung stand, nun an den Maßnahmen der Regierung keine Kritik üben durfte.

Generalleutnant Edler von Braun, im Kriege Direktor des Ersatz- und Arbeitsdepartements, äußert sich über die vom Zeugen Bauer erwähnte Reklamierung des ältesten Sohnes Eberts: Eines Tages erschien Reichstagsabgeordneter Bauer bei mir und erzählte mir, Ebert hätte im Felde zwei Söhne verloren, ein drittter, der älteste, sei schon im Jahre 1916 schwer verwundet worden und sollte jetzt wieder ins Feld. Ebert wäre außerordentlich erschüttert durch den Verlust, vor allem stünde auch Frau Ebert vor einem körperlichen und seelischen Zusammenbruch. Er fragte, ob eine Reklamierung nicht möglich sei. Ich erwiderte, das Einfachste wäre, wenn Abgeordneter Ebert ein Gesuch einreichen würde. Darauf erklärte Herr Bauer, Ebert wisse nichts von seinem Schritt. Außerdem sei er überzeugt, daß Ebert sich nicht dazu herbeilassen würde. Der General machte darauf ein Gesuch. Später hat er gehört, daß der älteste Sohn vorläufig beim Ersatztruppenteil war. Ob er später wieder ins Feld kam, weiß der Zeuge nicht. von Braun gibt zu, daß es ein Fall war, der selten vorgekommen ist, daß ein Vater nicht einwilligte in ein Reklamierungsgesuch um den Sohn. Mit Ebert selbst hat er über die Rückstellung nicht gesprochen. Ebert habe auch nie von der Sache gesprochen.

In der Nachmittagsitzung teilt der Vorsitzende mit, daß die bayerische Staatsregierung die Genehmigung zur Vernehmung des früheren Staatsministers Dandl versagt hat. Die Verteidigung verzichtet deshalb auf den Zeugen. Der frühere Polizeipräsident in Kiel, Poller, im Kriege Parteisekretär der SPD., schildert die Gründe für den Ausbruch des Streiks in Kiel und den Verlauf. Der Zeuge hat selbst dahin gewirkt, daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde im Interesse der Landesverteidigung und hat in einer Versammlung zur schnellsten Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Trotzdem bei der Abstimmung von 10 000 Abstimmenden 6000 für Fortsetzung des Streiks waren, wurde die Arbeitsaufnahme durchgesetzt. Der Zeuge erklärt, daß von der Berliner Parteileitung keine Weisungen zum Streik gekommen sind. Vom Zeugen und anderen Versammlungsrednern ist gesagt worden, daß Gestellungsbefehlen Folge zu leisten sei. — Zeuge Schulz, damals Vorstandsmitglied der SPD. in Kiel, bezeichnet den Streik in Kiel als „Hungerstreik. Um es zu keiner Katastrophe kommen zu lassen, sei die Partei in die Streikleitung in Kiel eingetreten. Von der Parteileitung in Berlin kamen keine Weisungen. Ausdrücklich sei in den Versammlungen auf die Schädigung der Frontsoldaten durch den Streik hingewiesen worden.

Um 5½ Uhr wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Aus der Münchener Rätezeit.

München, 24. März. (Eig. Drahtbericht.)

Während der Straßenkämpfe, die sich bei der Befreiung Münchens von der Räterepublik am 1. Mai 1919 abspielten, flüchtete die verwundete Bedienung eines Geschützes der Regierungstruppen in ein Haus. Der Vorreiter Ruhmann zählte ebenfalls zu den Fliehenden. Rotgardisten, darunter der 28 Jahre alte Reubel, bemerkten die Fliehenden und drangen in das Haus ein. Sie erwischten den Ruhmann im Hofraum und mißhandelten ihn, bis er schließlich unter den Gewehrkolben zweier Rotgardisten, darunter eines Russen, schwer verletzt zusammenbrach. Daraufhin zog Reubel einen Revolver und tötete den am Boden Liegenden durch einen Schuß in den Kopf. Während dieses Vorfalls standen in der Nähe mehrere Frauen, die die Rotgardisten fortgesetzt zur Ermordung des Ruhmann aufhetzten. Unter ihnen war auch die Maurerswitwe Ehrhardt, die besonders zur Tat aufforderte. Reubel und die Ehrhardt wurden erst vor einigen Monaten durch den Staatsanwalt ausfindig gemacht und hatten sich am Montag vor dem Münchener Schwurgericht zu verantworten. Nach sechsstündiger Verhandlung wurde Reubel wegen erschwerten Totschlags zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Davon werden ihm 4½ Jahre Gefängnis, die er zurzeit wegen schweren Einbruchs verbüßt, angerechnet. Der Staatsanwalt hatte 8 Jahre Zuchthaus beantragt. Die Geschworenen ließen aber Milde walten, und zwar auf Grund der durch den ärztlichen Befund bestätigten Tatsache, daß der ermordete Ruhmann auch ohne den Schutz Reubels infolge der bereits erlittenen Verletzungen nur mehr wenige Tage zu leben gehabt hätte. Da die Tat politischen Motiven entsprungen ist, wurde den Verurteilten die bürgerlichen Ehrenrechte nicht aberkannt. Die Angeklagte Ehrhardt erhielt 6 Monate Gefängnis.

Die Fasciſten-Ausschreitung.

Die Strafverfolgung im Gange.

Prag, 24. März. (WTB.)

Der bei den gestrigen Ausschreitungen der Fascisten im Deutschen Hause verhaftete Zahntechniker Otto Jaworek wurde dem Landesstrafgericht überwiesen. Gleichzeitig wurde Strafanzeige erstattet gegen die andern Teilnehmer an den Ausschreitungen, nämlich den Agenten Kostner, die gewesene Beamtin Rosenkranz und den Joseph Berka, die aber vorläufig auf freiem Fuß blieben. Die Sache wird weiterhin streng untersucht.

Kurzlebiges Parlament.

London, 24. März. (Radiomeldung.)

Reuter meldet aus Kairo, daß das ägyptische Parlament nach einer Dauer von zehn Stunden wieder aufgelöst wurde. Die Ursache ist darin zu suchen, daß die Regierung nach der Wahl Zagluls zum Kammerpräsidenten sofort ihre Entlassung einreichte. Der König lehnte das ab und löste das Parlament auf. Die Zaglul-Partei begrüßte diesen Schritt, weil sie hofft, in dem neuen Wahlkampf die absolute Mehrheit zu erhalten.

Koenig August in Wien. Die Wiener Königsmacher haben nunmehr auch den ehemaligen sächsischen König Friedrich August zu ihren Beratungen hinzugezogen. Er war vorige Woche mit falschem Paß in Wien und hat mit den Legitimisten konferiert. Als die Polizei zur Ausweisung schreiten wollte, waren er und sein Schwiegersohn, der ehemalige Erzherzog Franz Joseph, bereits wieder ausgerückt.

Vertagung des englischen Oberhauses. Aus Anlaß des Todes Lord Curzons vertagte sich das Oberhaus zum Zeichen der Trauer.

Die Zerbröckelung der tschechischen Kommunistischen Partei schreitet von Tag zu Tag fort. Am Montag hat auch der kommunistische Abgeordnete Tausik sein Mandat niedergelegt, weil er sich den Moskauer befehlsmäßigen Anordnungen für die Ausübung seines Mandats nicht mehr fügen wollte.

Aus aller Welt.

Schweres Fliegerunglück.

Moskau, 24. März. (WTB.)

Ein von Tiflis nach Suchum fliegendes Flugzeug geriet unweit Tiflis in Brand und stürzte ab. Dabei sind ums Leben gekommen: Miaßnikow, Mitglied des Präsidiums des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion und Mitglied des Kriegsrats der Union, Vizepräsident des Volksrats der Transkaukasischen Föderation, ferner Mogilewski, Vorsitzender der außerordentlichen Kommission Transkaukasiens, und Atarbekow, Bevollmächtigter der Post- und Telegraphenkommission der Sowjet-Union für Transkaukasien, außerdem zwei Flieger Spiel und Sagoradse. Die verunglückten Mitglieder der Transkaukasischen Regierung hatten sich im Flugzeuge nach Suchum begeben, um an der Eröffnung des Sowjetkongresses der Republik Abchasien teilzunehmen. In Transkaukasien ist eine viertägige Trauer verkündet worden.

Verurteilte Künstler. Aus Rom wird gemeldet: Das Gericht in Lucca verurteilte 16 Künstler, Kunsthändler und deren Helfershelfer, die eine große Anzahl alter Gemälde, Skulpturen und wertvoller Kultusgeräte aus den Kirchen Toskanas gestohlen hatten, zu langjährigen Freiheitsstrafen. Der Hauptbeteiligte, der Maler Emilio Carabbi, wurde in contumatiam zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei einem der verurteilten Kunsthändler wurde ein Gemälde van Dyks im Werte von mehreren Millionen beschlagnahmt.

Ungetreuer Beamter. Das Schöffengericht Berlin Mitte verurteilte den Oberpostsekretär Berthold Fischer auf Postamt W. 9 in der Angelegenheit der Riesenunterschlagungen wegen schwerer Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung zu insgesamt 1½ Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust.

Gestrandeter Dampfer. Der englische Dampfer „Maßlian" (5156 Tonnen groß) ist im Roten Meer auf der Höhe von Sudan gestrandet. Die Passagiere sind gerettet.

12 Jahre Zuchthaus für doppelten Totschlag. Das Kasseler Schwurgericht verurteilte gestern den 20jährigen Bergarbeiter Ed. Goßmann aus Deuz im Kreise Rotenburg a. d. Fulda, der am 27. Februar in angetrunkenem Zustand zwei Söhne eines Hofnachbarn wegen der Hochzeit ihres Bruders erschossen hatte, zu einer Gesamtstrafe von 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Der längste Bahnsteig der Welt. Die englische Fabrikstadt Manchester kann sich neuerdings rühmen, den längsten Bahnsteig der Welt zu besitzen. Er wurde durch die soeben beendete Zusammenlegung von zwei Bahnhöfen geschaffen und mißt nicht weniger als 2175 englische Fuß, also rund 660 Meter.

Ein vierjähriger Virtuose. Ein vierjähriges Klavier-Wunderkind — das dürfte selbst auf diesem leider so rekordfreudigen Gebiet einen Rekord darstellen, der hoffentlich nicht so bald gebrochen werden wird. Es handelt sich um einen kleinen Engländer namens Anthony Jacobs, der dieser Tage in einem zu Ehren Paderewskis veranstalteten Konzert in London mitgewirkt hat. Der berühmte polnische Virtuose äußerte sich sehr günstig über das vorzügliche Spiel des kleinen Mannes und prophezeite ihm eine große Zukunft.

Kunst und Wissenschaft.

Der prähistorische Mensch als Waffenschmied.

Neue Funde aus der chinesischen Bronzezeit.

Wie weit vorgeschritten in seinen technischen Kenntnissen schon der prähistorische Mensch war, erhärten neuerdings die Feststellungen, die im Anschluß an die Auffindung eines chinesischen Waffenlagers aus der Bronzezeit gemacht werden konnten. Die betreffenden Waffen, teils Schwerter, teils Lanzen, sind nicht nur auffallend exakt gearbeitet, was man schon früher bei ähnlichen Funden feststellen konnte, sondern auch kunstvoll verzinnt. Die Zinnschicht ist so geschickt angebracht, daß man zunächst geglaubt hat, es mit einem massiven Zinnprodukt zu tun zu haben. Erst die genauere Untersuchung ergab, daß der Kern der Waffen aus Bronze besteht. Die verwendete Legierung setzt sich aus Kupfer, Zinn, Blei, Eisen und Zink zusammen, nebst geringfügigen Beimengungen von Magnesium, Nickel und Arsen. Der Hauptbestandteil ist Kupfer, das mit mehr als 80 Prozent in der Mischung vertreten ist. Die Deckschicht besteht jedoch ausschließlich aus Zinn, das nach beendetem Guß auf Grund eines außerordentlich feinen Verfahrens auf das sorgfältig geglättete und polierte Werkstück aufgetragen worden sein muß. Dank dieser außerordentlichen Arbeit haben sich die Waffen in völlig tadellosem Zustand bis auf den heutigen Tag erhalten. Nach erfolgter Verzinnung wurden sie einem zweiten Schliff- und Polierprozeß unterworfen, um die gewünschte Schärfe und Spitzigkeit zu erzielen. Erstaunlich ist der hohe Grad der Härte, den die Waffen bei auffallend großer Bruchfestigkeit aufweisen. Die Herstellung von Stücken dieser Art wäre selbst für einen modernen Arbeiter eine schwierige und komplizierte Aufgabe. Um so mehr ist die Leistung zu bewundern, die jene vorzeitlichen Waffenschmiede zuwege brachten, zumal sie nur über Arbeitsmittel verfügten, die im Vergleich zu denen, die uns heute zur Verfügung stehen, von geradezu kläglicher Unzulänglichkeit gewesen sein müssen.

Clemenceau als Philosoph.

Der alte Clemenceau hat, wie aus Paris gemeldet wird, soeben ein groß angelegtes Werk zu Ende geführt, an dem er seit drei Jahren arbeitet, das aber erst 10 Jahre nach seinem Tode zur Veröffentlichung gelangen soll. Man darf aber nicht etwa glauben, daß dieses Werk auch nur den kleinsten Hinweis auf die Zeitereignisse enthält, an denen der ehemalige französische Ministerpräsident — leider! — so hervorragenden Anteil gehabt hat. Es handelt sich vielmehr, wie Eingeweihte versichern, um eine rein philosophische Arbeit, ein Werk der inneren Betrachtung, das die Bilanz seines Lebens zieht, von dem das Publikum nur die äußere Seite sah. Clemenceau hat sofort, nachdem er aus dem politischen Leben geschieden war, seine Arbeit begonnen. Das jetzt fertiggestellte Werk wird sich in drei starke Bände gliedern, von denen jeder 500 Seiten enthält. Georges Clemenceau ist heute 84 Jahre alt und erfreut sich, wie seine Freunde versichern, einer beneidenswerten, vollkommenen geistigen und körperlichen Rüstigkeit.

Ein Traumparadies zu verkaufen!

Die italienische Regierung stellt, wie aus Rom gemeldet wird, zwei Inseln zum freihändigen Verkauf. Das wäre an sich schon bemerkenswert, aber das Verkaufsangebot gewinnt die Bedeutung eines ganz besonderen Ereignisses, wenn man bedenkt, daß es sich hierbei um zwei der kleinen felsigen Inseln im Lago Maggiore handelt, die unter dem Namen der Borromeischen Inseln bei allen Naturfreunden Weltberühmtheit erlangt haben. Allerdings kommen für den Verkauf die beiden bekanntesten größeren Inseln, die Isola Madre und Isola Bella, nicht in Betracht; es handelt sich vielmehr um die beiden anderen, in den Reisehandbüchern genannten aber darum nicht minder malerisch gelegenen Inselchen: die von 200 Fischern bewohnte Isola dei Pescatori und die Isola San Giovanni oder Isolino. Die italienische Regierung rechnet offenbar darauf, daß sich ein reicher Mann findet, der bereit sein wird, die beiden, jetzt sehr vernachlässigten Inseln wieder in ein Wunderland umzuwandeln, wie es zu seiner Zeit jener Graf Borromeo getan hat, nach dem die Inselgruppe ihren Namen führt. Dieser Sprößling einer alten Mailänder Familie kaufte im Jahre 1671 die beiden größeren der von Natur aus nackten und steinigen Eilande und verwandelte sie, indem er fruchtbare Erde aufschütten und mit riesigen Kosten bestellen ließ, in einen herrlichen Naturpark. So steigen heute auf Isola Madre sieben Terrassen, auf der Isola Bella deren zehn bis zu 32 Meter Höhe an und tragen die stets in südlicher Vegetation prangenden Gärten. Diese je einen Palast umgebenden Gärten, sowie die Lage in der belebten Bucht des Sees und die wundervolle Aussicht auf die Alpen haben den Borromeischen Inseln bei den Touristen der Welt ihre Berühmtheit verschafft. Orangen- und Zitronenbäume und eine überreiche Fülle exotischer Pflanzen erfüllen die Gärten, die inmitten der von Schnee und Eis bedeckten Alpenriesen liegen, mit allen Wohlgerüchen des Südens. Isola Bella hat im übrigen auch ihre historische Berühmtheit. Am Vorabend der Schlacht von Marengo erging sich Napoleon in ihren Gärten und verweilte die ganze Nacht auf der Insel. Man zeigt noch heute in einem Garten der Paläste einen Lorbeerbaum, in dessen Rinde der General der italienischen Armee das Wort battaglia eingeritzt hatte, im Gedenken an die Schlacht, die am nächsten Tage geschlagen wurde und mit dem glänzenden Siege Bonapartes endete. Ob sich für die beiden zum Kauf angebotenen Inselchen ein Krösus finden wird, der sein Geld so verwendet, wie es im 17. Jahrhundert Graf Borromeo getan hat, muß dahingestellt bleiben. Unsere Millionäre haben praktischere Ziele im Auge. Dafür erbringt das zwischen den Inseln Elba und Korsika gelegene Eiland, das sich nach Dumas' Roman „Monte Christo" nennt, den Beweis. Es wurde von einem Liebhaber gemietet, der seine Millionen daran verwandte, aus dem malerisch gelegenen Inselchen einen Wildpark zu machen. Es wäre zu bedauern, wenn den beiden Inselchen im Lago Maggiore ein ähnliches Schicksal beschieden wäre.

Hallesches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Am heutigen Dienstag 7½ Uhr: „Rodelinde" (neue Dekade für Inhaber von Dienstag-Stammkarten). Mittwoch 7½ Uhr: „Hans Heiling". Donnerstag: „Orpheus in der Unterwelt" mit Margarete Rößner in der Partie der Eurydice a. G. Freitag: „Rigoletto". Sonnabend 7½ Uhr: „Und Pippa tanzt". Sonntag nachmittag 3 Uhr: „Am Teetisch". Abends 7½ Uhr: „Rodelinde".

Volksbühne. Zu dem heute, Dienstag, abend 8 Uhr im Thalia stattfindenden Filmabend sind noch Karten am Saaleingang zu haben. Zur Aufführung gelangt der neuartige Film ohne Worte „Schatten". Die Mitglieder der Theatergemeinde B, die ihre 8. Beitragsmarke noch nicht eingelöst haben, werden gebeten, diese umgehend nachzulösen, da die Vorstellung „Und Pippa tanzt" schon am Sonnabend, dem 28. März, stattfindet.

Regelmäßige Kammerspielabende des Mitteldeutschen Landestheaters. Das Mitteldeutsche Landestheater (Direktion: Ernst Reschke und Hermann Lange) beabsichtigt, einem oft ausgesprochenen Wunsch des Halleschen Theaterpublikums Rechnung zu tragen und regelmäßig Kammerspielabende zu veranstalten. Dabei wird das Landestheater auch in der Preisbemessung für die Kammerspiele seinen Charakter als Volkstheater zu wahren trachten. Es werden künftig in allen Fällen Einheitspreise erhoben. Der einheitliche Eintrittspreis für große Schauspiele wird 1 Mk., der für Kammerspiele 1,25 Mk. betragen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250324-18/fragment/page=0003

Reveille!

Das große Wecken.

Vereins-Kalender

der SPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk **Halle-Merseburg**.

Sekretariat der SPD Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Halle.

SAJ. Mittwoch abend, pünktlich ½8 Uhr: Vorstandssitzung. Heute abend Musikstunde.

Zentralverband der Angestellten (Jugendgruppe). Mittwoch, den 25 März, abends ½8 Uhr, im Verbandsbureau Versammlung der jugendlichen Kolleginnen und Kollegen. Thema „Wohin gehört die kaufmännische Jugend“. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. 2042

Bundeskleingartenland Goldberg. Freitag, den 27. März, abends 8 Uhr, findet im Hardenberg-Kasino, Harden ergstr. 1, eine Mitglieder-Versammlung statt Mitgliedskarte ist als Ausweis mitzubringen. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Saalkreis.

Wettin. Freitag den 27. März, abends 8 Uhr, im Gasthof Kl. Schweizerling“: Oeffentl. Wählerversammlung. Thema: Die Reichspräsidentenwahl. Redner: Genosse Müller (Halle). Alle Genossen zur Stelle.

Kreis Merseburg-Querfurt.

Oeffentliche Versammlungen

Dienstag, den 24. März, abends 8 Uhr:

Mücheln Dienstag, den 24. März, abds. 8 Uhr, im „Schützenhaus“: Oeffentliche Wählerversammlung. Ref. Reichstagsabgeordneter Krüger (Merseburg).

Schkeuditz. Bahnhofshotel. Ref. Reichstagsabgeordneter Franz Peters.

Mittwoch, den 25. März, abends 8 Uhr

Corbetha b. Schkopau. Gemeindegasthaus. Ref. Gewerkschaftssekretär Hans Hennig (Merseburg).

Laucha Schützenhaus. Ref. Gewerkschaftssekretär Wenscheck (Merseburg).

Barnstädt. Gemeindegasthaus. Referent Etting (Neumark).

Kreise Bitterfeld-Wittenberg.

Oeffentliche Versammlungen.

Dienstag, den 24. März, abends 8 Uhr:

Holzweißig. Im Lokal Häfer, Referent Kasparek (Halle).

Düben. Im Lokal Albrecht, Referent Landtagsabg. R. Drescher (Halle).

Pfefferitz. Im Lokal „Pappelbrücke“, Referent Künne (Halle).

Pouch. Im Lokal Naumann, Referent Reichstagsabg R. Krüger (Merseburg).

Mittwoch, den 25. März, abends 8 Uhr:

Bitterfeld. Im Lokal „Bürgergarten“. Referent Reichstagsabg. Peters (Halle).

Friedersdorf Im Lokal „Zum Stern“ Referent Oelschläger (Halle).

Kemberg. Im Gasthof. Referent Wielepp (Halle).

Schmiedeberg. Im Lokal „Schützenhaus“, Referent Deininger (Halle).

Zörbig. Im Lokal „Schloßgarten“, Ref. Baum (Bitterfeld).

Donnerstag, den 26. März, abends 8 Uhr:

Zschornewitz Im Kolonieaasthof. Ref. Reichstagsabgeordneter Peters (Halle)

Brehna. Im Lokal „Sonne“. Referent Lebbin (Bitterfeld)

Pratau. Im Lokal Ey. Referent Baum (Bitterfeld).

Rackith Im Lokal Stolze. Referent Hoie (Wittenberg).

Zahna. Im Kinogasthof. Referent Landtagsabgeordneter R. Drescher (Halle).

Freitag, den 27. März, abends 8 Uhr:

Niemegk. Im Lokal Kleine. Referent Kasparek (Halle).

Burgkemnitz Im Landgasthof. Referent Lebbin (Bitterfeld)

Radis. Im Lokal Lehmann. Referent Baum (Bitterfeld).

Sonnabend, den 28. März, abends 8 Uhr:

Ostrau. Im Lokal Kirschbaum. Referent Lebbin (Bitterfeld).

Kreis Liebenwerda.

Oeffentliche Versammlungen:

Kleinleipisch. Dienstag, den 24. März, abends 8 Uhr. Redner: Gen. Blumenschein (Halle).

Neuburxdorf Dienstag, den 24. März, abends 8 Uhr.

Falkenberg. Mittwoch, den 25. März, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“.

Mückenberg. Mittwoch, den 25. März, abends 8 Uhr.

Mückenberg Mittwoch. den 25. März, abends 8 Uhr. im Gasthof Roloff. Ref. Gen. Künne (Halle).

Mansfelder Lande.

Oeffentliche Versammlungen.

Gerbstedt. Dienstag, 24. März, abends 7½ Uhr, im „Goldenen Ring“: Oeffentliche Wählerversammlung. Ref. Gen. Schulz (Halle). Thema: „Braun oder Jarres?“

Benndorf. Mittwoch, 25. März, abends 8 Uhr, „Gasthof zum Anker“: Oeffentl. Wählerversammlung. Referent Genosse Winkler (Eisleben).

Stadt-Theater.

Dienstag, abends 7½ Uhr:
Rodelinde
Ende 10 Uhr.
Die noch nicht eingelösten Dienstag-Stammkarten müssen bis 7½ Uhr eingelöst sein.

Mittwoch, abends 7½ Uhr:
Hans Heiling
mit den Damen Böhmer, Voß-André, Günzel-Dwoiski, den Herren: Kerzmann, Wittrisch

Donnerstag, abds. 7½ Uhr:
Orpheus in der Unterwelt.
Eurydice Margarethe Rößner a G

Kurhaus Wittekind
Morgen, Mittwoch, nachm. 4 Uhr:
Gr. Kaffee-Konzert
ausgef. vom ges. Wittekind-Orch. Ltg. Kapellmstr. Benno Plätz.
Abends 8 Uhr:
Gesellschaftsabend mit Tanz
für Dauerkarteninhaber

Gleichs Circus 4 Masten 3 Manegen 2 Bühnen

Halle
auf dem Exerzierplatz
an der Dessauer Straße.
Heute, Dienstag, den 24. März, abends 8 Uhr:
Gala-Parade-Vorstellung
Wette um 500 Mk. im Löwenkäfig

Infolge einer Wette mit Herrn Dompteur Henry hat sich ein bekannter Herr von Halle, dessen Name nicht genannt sein soll, gemeldet und sich verpflichtet, mit Herrn Henry eine Flasche Wein im Löwenkäfig zu trinken. 2055

Morgen, Mittwoch, d. 25. März:
2 Vorstellungen (3 u. 8 Uhr)
Nachmittag Erwachsene und Kinder ermäßigte Preise.
In den Nachmittags-Vorstellungen — Elefanten-, Ponny- und Eselreiten. —

Geschlossene Schulen unter Leitung der Herren Lehrer erhalt. Ermäßigung. Zu der Mittwochnachm. -Vorstellung ladet Herr Dir. Gleich die Insassen d. Armen-, Kranken- u. Waisenhäuser aller Konfessionen ein, soweit es die Platzverhältnisse gestatten. Anmeldungen im Pressebüro Circus Gleich.

Zoo v ½10 Uhr vorm ununterbr geöffn. | **Dress.-Proben** tägl v. 10—12 vorm.

Tägl. v. 10 bis 12 Uhr vorm., v. 4 bis 6 u. 7 bis 8 Uhr nachm. Freikonzert v. d Circ.

Vorverkauf:
Zigarrengeschäft Steinbrecher & Jasper u. an den 8 Circuskassen ab ½10 Uhr vorm. ununterbroch. Circus-Tel. 9049

Händler und Hausierer kaufen 1497
Seifen etc.
billigst im Stadtlager
Ernst Mattick, Landwehrstr. 3
Tel. 8833. Tel 8833.
Durchgehende Geschäftszeit.

Zum 2060
Schulanfang
empfehle:
Schul-Tornister für Knaben u. Mädchen
Büchermappen in verschiedenen Größen
Schieferkasten neueste Muster Massen-Auswahl
Schiefertafeln mit poliertem und unpoliertem Rahmen
Schiefergriffel
Schieferhalter
Schieferwetzen
Brot-Dosen
Tafel-Schwämme
Oster-Tüten
Schul-Bücher
Albin Hentze
24 Schmeerstr. 24

Handschuhe
Schürzen-Schreiner
am Leipziger Turm

Gute Reklame
durch inserieren im „Volksblatt“ bringt
Gute Geschäfte

Parvus
von Konrad Haenisch.
Preis 75 Pfg.
Volksblatt-Buchhandlg.

Leistungsfähigste Bezugsquelle
für 2058
Chaiselongues
Bettchaiselongues
Sofas u. Sessel
Patent- und Auflege-Matratzen
Zahlungserleichterungen
Ruhebetten- und Matratzen-Werkstätt.
Bruno Paris
jetzt Kl. Ulrichstr. 2
Eing. Kanzleigasse, 2 Min. vom Markt.

Reveille!

Das große Wecken.

Nach wie vor
erstklassig sind die altbekannten und bei mir gut eingeführten 2061
Kakaos Schokoladen

Kakao ¼-Pfund-Paket	15 ₰	garantiert rein (mit den Mohren) ½-Pfund-Paket	30 ₰
Kakao ¼-Pfund-Paket	20 ₰	garantiert rein (Kanne mit 2 Tassen) ½-Pfund-Paket	80 ₰
Bonbon		¼ Pfund	15 ₰
Kokosflocken		¼ Pfund	15 ₰
Familien-Schokolade		Tafel	15 ₰
Block-Schokolade		Pfund-Block	84 ₰
Malzkaffee		½-Pfund-Paket	14 ₰
Tafel-Margarine		Pfund-Würfel	55 ₰

Goldene Sieben
Steinweg 30, Talamtstraße 7

Wer
ist zurzeit der beste Schütze
2039 am Platze? Unstreitig
Wainer Flaubert
Weltmeister-Kunstschütze
auf der lebenden Scheibe!
Nur diese Woche im gr. März-Programm
Koch's Künstlerspiele.

Noch billiger
Nur Mittwoch solange Vorrat
5000 Pfd. mittlere
Schwedenheringe St. **10** ₰
Nur in der

Grosse Ulrichstr. 58. 2059

Schuhwaren für Wiederverkäufer
Billigste Bezugsquelle
Große Restposten
Ausnahmepreise
H. Wiebach, Schuhwaren-Großhandlung
nur Gr. Steinstraße 48, Ecke Wuchererstraße.
2054

Unsere Leser werden hierdurch gebeten, bei ihren Einkäufen u. beim Besuche v. Veranstaltungen nur die Inserenten unserer Zeitung zu **berücksichtigen**

Amtliche Bekanntmachungen

Bad Liebenwerda

Wegesperrung!

Die Kreisstraße von Uebigau nach Falkenberg wird wegen Neuschüttung zwischen km 4,4 bis 5,1 von Donnerstag, den 26. März an bis auf weiteres für den öffentlichen Verkehr gesperrt.

Fuhrwerke und Kraftwagen werden über die vorhandenen Nebenwege gewiesen.

Bad Liebenwerda, 23. März 1925.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Vogl (Landrat).

Wegesperrung!

Die Kreisstraße vom Wasserwerk Elsterwerda bis an die Falkenberg-Kohlfurter-Bahn in Richtung auf Hohenleipisch wird wegen Neuschüttung von Donnerstag, den 26. März an bis auf weiteres für den öffentlichen Verkehr gesperrt.

Fuhrwerke und Kraftwagen werden über die vorhandenen Nebenwege gewiesen.

Bad Liebenwerda, 23. März 1925.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Vogl (Landrat).

Arbeitsamt Eisleben.

Petristraße 9. Fernsprecher 131.

Es werden gesucht:

150 ledige Häuer und Lehrhäuer nach auswärts

Burschen unter 18 Jahren für hiesigen Bergbau, 2 Zigarrenarbeiterinnen nach auswärts, Dienstmädchen (gediente), Haus- und Stallmädchen fürs Land, Köchin für Privat und für Hotel im Harz, Mamsells für Güter, Stubenmädchen, Stütze, Wirtschafterin.

Es suchen Stellung: 2051

Ostermädchen für viele Berufe.

Gänzlicher Ausverkauf
wegen Aufgabe des Geschäfts.
Trotz enorm billiger Preise
gebe bis 30. März
extra 10% Rabatt
Nur reelle Waren kommen zum Verkauf, kein Ausschuß!
Zentral-Bazar
nur Gr. Ulrichstraße 21 nur
neben Brummer & Benjamin.
1894

2 gebrauchte guterh.
Bettstellen
m. Matratzen preisw. zu verkaufen.
Oberröblingen
Kesselstr. 131 2051

Trauringe
mod. Fassons kauft man billigst bei
Amand Weiss,
Kleinschmieden 6.
Reparaturwerkstatt f. Uhren u. Goldwaren

Sohlleder-Ausschnitt
liefert billigst
Paul Andersch
Magdeburger Straße 8

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Schwerhörige

verlangen d. berühmt **Gehör-Apparat „Noris“**, unsichtbar im Tragen, Wärmebild.
H. Löffler Dresden 1
Marienstraße 44.
8 Wochen auf Probe.
Herr Löffler befindet sich Freitag, 27. März von 9—7 Uhr, im Hotel Grüner Baum, Frankestr. 14-15, Nähe Bahnh.

„Lachen links“
Das Witzblatt der Republik!
Preis 25 Pfennig ::: ::: Zu beziehen durch
Volksblatt-Buchhandlung, Gr. Ulrichstr. 27.

Zur Jugendweihe
liefere ich
Auf Kredit
Anzüge Mädchen-Mäntel
Kleiderstoffe Wäsche
Schuhwaren
Bei Einkauf eines Anzuges eine gutgehende Uhr mit Kette gratis.
Kredit auch nach auswärts!
Kredit-Haus
Carl Rasemann
Alte Promenade 35
an der Hauptpost.

Wir drucken

gut! schnell! preiswert!
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei
Halle a. S. e. G. m. b. H. Harz 42-44

Sehr preiswert
Sohlled.-Ausschnitt
Fritzsche, Sternst. 6

Der Vorstoß in den Weltenraum
Eine techn. Möglichkeit?
Eine wissenschaftlich-gemeinverständl. Betrachtung von
Max Valier.
Preis 1,80 Mk.
Volksblatt-Buchhandlg.

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- und Viehhofe

Bezahlt wurden am Montag, dem 23. März 1925:

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht in Goldmark: 1. höchster Preis	2. niedrigster Preis	3. häufigster Preis	Gefrierfleisch
Ochsen	84	40	80	
Bullen	80	65	78	
Kühe	84	40	78	
Jungrinder	70	65	70	
Mastkälber	—	—	—	
Saugkälber	95	80	92	
Lämmer und Masthammel	85	80	82	
Schafe	78	60	78	
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	83	76	82	

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250324-18/fragment/page=0004
DFG

Halle und Saalkreis.

Halle, den 24. März 1925.

Die Stimmscheine für die Reichspräsidentenwahl.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, macht der Minister des Innern in einem neuen Runderlaß darauf aufmerksam, daß die Möglichkeit besteht, daß Stimmberechtigte, die in der Zeit zwischen dem 1. Wahlgang und dem Schlusse der Auslegung der Stimmlisten für den 2. Wahlgang ihre Wohnung wechseln, sich im neuen Stimmbezirke eintragen lassen können, und daß so die Gefahr der Doppelwahl besteht. Bei der Reichspräsidentenwahl ist deshalb **jeder Wahlgang für die Stimmscheinausstellung gesondert zu behandeln** Die Voraussetzungen für die Erteilung des Stimmscheines müssen jeweils für den betreffenden Wahltag erfüllt sein. Es sollen also **zunächst** nur **Stimmscheine für den 1. Wahlgang erteilt werden** Die in der Zwischenzeit auf Grund der bisherigen Bestimmungen für den 2. Wahlgang bereits ausgestellten Stimmscheine behalten jedoch ihre Gültigkeit.

„Königliche" Stahlhelm-Stadtpfeiferei.

Der (leider ehemalige) Königlich Bayerische Musikmeister Richard Seifert, ansässig in unserer Saalestadt, macht in Militärmusik. Zwar haben wir kaum noch Militär, aber wir haben die alten preußischen Knochen, in denen noch der wilhelminische Mumm sitzt und die bei aller Klapprigkeit vor Vergnügen strampeln, wenn der „Königliche" Seifert sie musikalisch einseift. Also er macht in Musik, und das nicht allein in Halle, i wo, er geht hinaus in die Lande und zieht wie weiland der Rattenfänger von Hameln einen Zug Kinder hinter sich her. Nur mit dem Unterschied, daß besagte Kinder (vorwiegend Lehrlinge) von ihm mit Blasen und sonstigen tönenden Handwerk- oder Mundwerkzeugen ausgerüstet und zu Hause von liebevoll streichelnder Meisterhand gedrillt sind, von der die Beteiligten Wunder zu erzählen wissen. Herr Seifert schreibt eben eine gute und deutliche Handschrift, die in fühlbarer Erinnerung bleibt. Aber er pflegt diese Art schriftlichen Verkehrs nur mit Schwächeren und hat sich bisher immer vorgesehen, an den Unrechten zu kommen. Vielleicht aber blüht ihm das auch noch. Wie Brodthuhn seine fliegenden Würstchen, so preist Seifert, ehe er den Zug hinaus in die Lande unternimmt, seine fragwürdige Kunst in den Zeitungen jener Stätten an, an denen er „wirken" will, natürlich mit „Militärmusik und anschließendem Tanzkränzchen" und so. Natürlich strengt diese Tätigkeit an, zwar eigentlich die damit beschäftigten armen Schindluder, aber da Seifert immer das bessere Teil erwählt, so richtet er sich nach dem katholisch-geistlichen Brauch, den Abendmahlskelch solo zu leeren. „Das tu' ich für euch alle", denkt er einfach, und legt sich nach seinen „Darbietungen" speise- und trankerfüllt in das blütenweiß überzogene Gasthausbett, während die Lehrlinge in der Gaststube malerisch umhergestreckt ruhen dürfen, dieser sitzend, den Kopf auf den Tisch gelegt, jener gegen die Wand gelehnt, der dritte auf Stühlen liegend oder gar am Fußboden. — Aber das ist ja alles so nebensächlich, die Hauptsache ist, daß Seiferts Weizen blüht. Und er blüht, wie der stolze Bau in Diemitz beweist, schwarzweißrot.

Die „Deutsche Musiker-Zeitung", Fachorgan des freigewerkschaftlichen Musikerverbandes, der wir diese Angaben entnehmen, schließt die Schilderung einer Gastspielreise nach Sorau also: „Es gibt leider immer noch Eltern und Vormünder, die ihre Kinder in eine solche Lehre geben, ohne sich vorher über die Verhältnisse bei den in Frage kommenden Berufsverbänden zu befragen. Schließlich ist es aber auch Sache der Behörden, dafür zu sorgen, daß ein Gewerbebetrieb im Umherziehen sich nicht mit der Ausbildung von Lehrlingen befassen darf."

---

* **Der neue Polizeipräsident Oegle** hat am gestrigen Montag seinen Dienst angetreten. Die offizielle Einführung wird in den nächsten Tagen unter Anwesenheit des Regierungspräsidenten Grützner und des Oberbürgermeisters Dr. Rive stattfinden.

* **Die Fleischpreise in Halle.** Für den Kleinhandel mit frischem Schweinefleisch und Wurstwaren aus reinem Schweinegut sind mit der Fleischer-Innung bis auf weiteres folgende Preise vereinbart Keule 1,20—1,30, Koteletten 1,10—1,20, Bauch 1,10—1,20, Schinken (im Aufschnitt) 1,60—2,40, Speck, ger. 1,20—1,30, Schweineschmalz 1,20—1,30, Blut- und Leberwurst 1,10—1,20, Knack- und Mettwurst 1,30—1,50, Zervelatwurst 1,60—2,40. Auf dem Wochenmarkte wurden die nachstehenden Preise bezahlt: Rindfleisch: Brust- und Bauchfleisch 0,80—1,00, Keule 1,00—1,20; Kalbfleisch: Schnitzel 1,60—2,00, Keule 1,40—1,50; Hammelfleisch: Koteletten 1,00—1,20, Kochfleisch 0,90 bis 1,00.

* **Radfahrer und holpriges Pflaster.** Im Sommer 1924 fuhren die Eheleute M. auf einem Rade durch eine Straße in W., welche mit sehr schlechtem Pflaster versehen war. Um nicht zu verunglücken oder die Räder zu zerbrechen, benutzte M. den Bürgersteig, obschon nach der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Bürgersteig nicht mit Fahrrädern befahren werden durfte. Das Amtsgericht verurteilte jeden der Angeklagten zu 3 Goldmark Geldstrafe und betonte, möge auch der Straßendamm sehr schlechtes Pflaster gehabt haben, so durften die Angeklagten auf keinen Fall auf ihren Fahrrädern den Bürgersteig befahren; sie mußten entweder die schlechtgepflasterte Straße meiden oder aber von ihren Rädern absteigen. Diese Entscheidung fochten die Eheleute M. durch Revision beim Kammergericht an und behaupteten, es liege ein Notstand vor; ihre Verurteilung beruhe auf Rechtsirrtum. Sei das Straßenpflaster derart schlecht, daß es nicht auf Rädern befahren werden könne, so seien die Radfahrer befugt, den Bürgersteig zu benutzen. Der 1. Strafsenat des Kammergerichts wies jedoch die Revision der Angeklagten zurück. Von einem Notstande zur Rettung aus einer Gefahr für Leib und Leben könne nicht die Rede sein.

* **Die Kraftwagengefahr.** An der **Kreuzung** Merseburger-Königstraße wurde gestern nachmittag ein 62jähriger Mann von einem Personenkraftwagen angefahren. Er erlitt eine Verletzung am linken Knie. Die Schuld trifft den Verletzten selbst, da er direkt in den langsam fahrenden Kraftwagen hineinlief. — Um dieselbe Zeit wurde in der Dessauer Straße ein Knabe, der blindlings in einen Geschäftskraftwagen hineinlief, von diesem umgefahren. Der Knabe erlitt Kopfverletzungen. Er wurde der Klinik zugeführt. — Gegen 9 Uhr vormittags lief auf dem Platze vor dem Walhalla ein Mann einem Motorradfahrer in das Fahrzeug. Der Mann wurde zu Boden geschleudert, wobei er eine schwere Verletzung am Hinterkopf erlitt. Er wurde der Klinik zugeführt.

* **Der „Gleich" 4 Masten, 3 Manegen, 2 Bühnen Circus** weist auf die heutige Abendvorstellung besonders hin. Außer dem hier mit so großem Beifall aufgenommenen Sensationsprogramm von 100 Attraktionen kommt heute eine Wette von 500 Mk. zum Austrag, wonach ein hiesiger Herr sich verpflichtet hat, mit Herrn Dompteur Heinz Henry eine Flasche Wein im Löwenkäfig zu trinken. Bemerkt sei noch, daß sich unter den Löwen der Löwe Pascha befindet, welcher erst vor kurzem den Dompteur Henry angefallen hat. Trotz Warnung will der Herr die Wette zum Austrag bringen. Auch sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Direktion, um selbst den Aermsten die Gelegenheit zu geben sich an den Darbietungen der prächtigen Circusattraktionen zu erfreuen, hiermit die Waisenkinder und Krankenhausinsassen einladet. Eine besondere Freude für die Kinder bildet noch das Elefanten-, Esel- und Ponnyreiten in den Nachmittagsvorstellungen. Gewerkschaftsmitglieder erhalten unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches an der Kasse erheblich ermäßigte Preise.

* **„Kochs Künstlerspiele Bunte Bühne".** Der Märzspielplan hat ab 20. März durch das Auftreten des Weltmeister-Kunstschützen

Halle an den Flugverkehr angeschlossen.

Ein Vorstoß gegen die Preisprüfungsstelle. / Bürgerblock und „Kommunisten" einig im Kampfe gegen Kommunalsozialismus. / Ein neuer Flugplatz an der Heide. / Kommunistische Auswertungsversuche.

In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung gab es eine Ueberraschung nach der anderen. Zunächst war man wohl einigermaßen überrascht über den Vorstoß des Besitzbürgerblocks gegen die Preisprüfungsstelle und die mit ihr verbundene Position eines bekannten Stadtvaters, der sich fast in jeder Sitzung allerlei gehässige Ausfälle erlaubt. Es scheint, daß durch diesen Vorstoß gegen den Wirtschaftsausschuß jener, unsern Lesern zweifellos bekannten, sehr angenehmen Persönlichkeit der städtische Brotkorb ein wenig höher gehängt werden soll. Eine Ueberraschung gab es dann bei der Ueberlassung von Baugelände an die Reichspost, die 5 Mark mehr für den Quadratmeter bot als die Landelektrizität G. m. b. H., die ursprünglich diesen Bauplatz erwerben wollte. Große Ueberraschung zeitigte die Abstimmung über die weitere Beteiligung der Stadt Halle an der Gemeinnützigen **Kraftverkehrsgesellschaft** Sachsen-Anhalt. Die Kommunisten stimmten, wieder zur allgemeinen Ueberraschung, mit dem gesamten Besitzbürgerblock gegen die Magistratsvorlage, die im Haushaltsausschuß bekanntlich mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen worden war.

Zwischendurch überraschte der Magistrat das Kollegium mit einem Projekt, durch dessen Ausführung die Stadt Halle in das im Werden befindliche große Luftliniennetz einbezogen werden soll. Es war wohl niemand überrascht, daß die Kommunisten sich selbstverständlich gegen diesen Plan wendeten, und ihn mit allerlei albernen Beweisgründen bekämpften. Die größte Ueberraschung erlebten aber die Herren Kapedisten zweifellos mit ihrem Bemühen, die von ihnen zu einem erheblichen Teil mitverschuldeten Vorgänge im „Volkspark" zu einer kleinen Aktion zu gestalten und agitatorisch auszuwerten. Nachdem unser Fraktionsredner kurz und knapp zum Ausdruck gebracht hatte, daß sich die Herren Antragsteller mit ihrer Runge-Stürzerei und ihrem Antrag auf Entfernung der Sipo aus Halle in der Adresse geirrt hätten, schritt das Kollegium ungeachtet der hysterischen Wutanfälle der Moskauer zur weiteren Beratung der Tagesordnungspunkte. Das altgewohnte Geschimpfe machte auf niemanden Eindruck, selbst auf die entsprechend präparierte kommunistische Tribünenbelegschaft nicht. Das Kollegium kommt immer mehr zu der Ueberzeugung, daß es das geeignetste Mittel sei, die Kommunisten dadurch zur Beachtung parlamentarischer Gepflogenheiten und Beachtung menschlicher Umgangsformen zu bewegen, wenn man sie ungestört unter sich läßt.

*

Unter den Eingängen, die der Vorsteher wie üblich bei Eröffnung der Sitzung zur Kenntnis gibt, befand sich u. a. ein solcher des sogenannten Ordnungsblocks, der die **Auflösung der städtischen Preisprüfungsstelle** verlangt, und daß für den Wirtschaftsausschuß des Magistrats künftig keine Mittel mehr bewilligt werden. Nach Vornahme von Deputationsersatzwahlen und der Wahl von Vertrauenspersonen in den Ausschuß zur Wahl der Schöffen und Geschworenen wurde dem Magistrat die Ermächtigung erteilt, bis zur Festsetzung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1925 die im neuen Rechnungsjahre entstehenden Ausgaben für Rechnung der Stadt in dem Maße und in der Art zu leisten, wie es die Notwendigkeit der geordneten Fortführung der städtischen Verwaltung auf den bisherigen durch die städtischen Körperschaften geschaffenen Grundlagen erfordert. Einem Ersuchen des Universitätskurators entsprechend bewilligte das Kollegium sodann ohne Debatte und einstimmig 30 000 Mk. zum **Ausbau der Universitäts-Kinderklinik.** Die Magistratsvorlage betr. die Schulgelderhöhung wurde an den Haushaltsausschuß zurückverwiesen. Für Neupflasterung der Freiimfelderstraße zwischen Schlachthofvorplatz und Berliner Straße sowie der Dessauer Straße zwischen Wielandstraße und Eisenbahn wurden die erforderlichen Mittel in Höhe von 20 000 und 65 000 Mk. bewilligt. Einem Landverkauf an der Freiimfelderstraße im Bereiche der neuen Industriegleisanlage sowie einem Baustellenverkauf an der Paulusstraße wurde debattelos zugestimmt, ebenso einem Dringlichkeitsantrage wegen Verkaufs von Baugelände in der Aeußeren Delitzscher Straße an die Reichspost zum Preise von 20 Mk. für den Quadratmeter.

Ein neuer Flugplatz in Halle.

In einem weiteren Dringlichkeitsantrag ersucht der Magistrat um Bewilligung von 100 000 Mk. zwecks Beteiligung an einer zu gründenden **Flughafen- und -Verkehrsgesellschaft.** Die Stadt will ferner das erforderliche Gelände, stammend aus dem Gute Gimritz, pachtweise zur Verfügung stellen. Bei der Begründung des Antrages wies der Berichterstatter darauf hin, daß Halle für alle Zeit aus dem Reichsflugnetze ausgeschlossen sein würde, wenn es sich jetzt nicht rührte. — Ein die ganze Borniertheit dieser Auchkommunalpolitiker kennzeichnender Widerspruch der Kommunisten veranlaßte Herrn Stadtrat May zu der Bemerkung, daß Halle nur dem Vorgehen einer ganzen Reihe von mitteldeutschen Großstädten (Magdeburg, Erfurt, Leipzig) folge, um Anschluß an den großdeutschen Luftverkehr zu suchen. Die Stadt und der Hallische Wirtschaftsverband seien die Gründer der Gesellschaft, in der die Stadt das starke Uebergewicht habe. — Stadtv. Minner meinte ironisch, daß die Einrichtung solcher Fluglinien gerade im Interesse der Herren Kommunisten gelegen sei, denn womit sollten ihre Führer bei einer plötzlichen Reichstagsauflösung schnell nach dem sicheren Moskau kommen. — Die geforderte Summe wurde bewilligt.

Wie zu erwarten, hat die kommunistische Fraktion die bedauernswerten **Vorkommnisse im „Volkspark"** zum Gegenstand eines Dringlichkeitsantrages gemacht. Sie verlangt neben der sofortigen Entlassung Runges (!) und der Unterstützung an die Hinterbliebenen die Entfernung der Schupo aus der Stadt Halle und Einberufung von Arbeiterwehren für den öffentlichen Ordnungsdienst. — Genosse Schaumburg sprach, nachdem das Kollegium eine zwar lange, aber trotzdem nichtssagende kommunistische Rede ruhig angehört hatte, das Bedauern über die beklagenswerten Vorgänge aus. Die Fraktion könne den Anträgen aber aus prinzipiellen Gründen dennoch nicht zustimmen, denn es handle sich um Handlungen von Staatsorganen. Die Schuldigen müßten von der allein zuständigen Stelle zur Verantwortung gezogen werden, nämlich dem preußischen Staate, der auch zur vollen Schadenersatzleistung verpflichtet sei. Nachdem auch Stadtv. Minner namens seiner Fraktion eine ähnliche Erklärung abgegeben hatte, wurde der kommunistische Propagandaantrag abgelehnt. Dieselbe Behandlung erfuhr ein weiterer, für die Mentalität unserer Kapedisten äußerst bezeichnender Antrag, der Magistrat möge bei denjenigen Arbeitgebern, die ihre Arbeiter wegen Beteiligung an der Beerdigungsfeier maßregelten, wegen Wiedereinstellung vorstellig werden. In diesem Ansinnen offenbart sich augenfällig die verbrecherische Gewerkschaftstaktik der KPD., die zur Zerschlagung des einst wuchtigen Kampfmittels führte. Jetzt möchte man einen in seiner übergroßen Mehrheit stockreaktionären Magistrat untertänigst bitten, etwas zu tun, was früher die Arbeiter unter Hinweis auf ihre starken Gewerkschaften einfach forderten und auch stets durchsetzten.

Die Magistratsvorlage betr. **Beteiligung an der Kraftverkehrsgesellschaft Sachsen-Anhalt** löste eine kurze, aber äußerst interessante Aussprache aus Wie bereits in der letzten Sitzung und bei den Beratungen im Haushaltsausschuß, wandte sich auch gestern wieder der Stadtv. Minner (Dem.) gegen eine weitere Beteiligung der städtischen Verwaltung an dem mitteldeutschen Kraftverkehrsunternehmen. Zur Begründung seiner vom Standpunkte eines Kapitalsvertreters durchaus verständlichen Stellungnahme trug er das vom hallischen Spediteurverein zugeleitete Material vor. Gegen die Kommunisten hätte er sich gar nicht so zu ereifern brauchen, denn es stellte sich bald heraus, daß auch sie grundsätzliche Gegner der Kommunalisierung des Verkehrswesens geworden sind. Sie ließen durch einen ihrer Vertreter, der von Kommunalpolitik so gut wie gar nichts versteht, erklären, daß sie aus prinzipiellen Gründen gegen die Beteiligung der Stadt an gemischt-wirtschaftlichen Betrieben seien. — Genosse Schaumburg wandte sich kurz gegen die rein kapitalistische Auffassung der Kommunisten und bemerkte gegenüber den Einwänden des bürgerlichen Kapitalsvertreters, daß die Kraftverkehrsgesellschaft weit bessere Löhne zahle als die Privatspediteure, die trotzdem höhere Frachtsätze forderten. Daraus geht hervor, daß durch ein öffentliches Verkehrsinstitut dem Profitbestreben des Privatkapitals entgegengewirkt würde. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Magistrats mit großer Mehrheit abgelehnt. Zusammen mit den Bürgerlichen stimmten auch die Kommunisten dafür, daß die Möglichkeit, preisregulierend auf dem Gebiete des Transportwesens zu wirken, erschwert wird. Echt kommunistisch!

Ein Antrag auf Gewährung einer Rente an die Witwe des vor einiger Zeit verunglückten Straßenbahnschaffners Krämer gab unserem Genossen Schaumburg erneut Gelegenheit, die geradezu unhaltbar gewordenen Zustände bei der städtischen Straßenbahn eingehend zu beleuchten. Er forderte, daß die unerhörten Zustände, die jetzt in dem Betriebe der Straßenbahn herrschten, beseitigt, und wieder wie einst geordnete Arbeitsverhältnisse geschaffen würden. Heute sei es geradezu gefährlich, in Diensten der städtischen Straßenbahnverwaltung zu stehen. Er begründete dann namens der sozialdemokratischen Fraktion einen Antrag, den Magistrat zu veranlassen, der Schaffnerswitwe Krämer zu ihrer Rente einen laufenden Zuschuß in solcher Höhe zu gewähren, daß ihr mit ihren Kindern ein auskömmlicher Lebensunterhalt ermöglicht wird. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, ein neuer Beweis dafür, daß durch zielbewußtes Vorgehen im Rahmen des Möglichen den Beteiligten mehr gedient ist, als mit blutrünstigen Agitationsreden, wie sie von den Kapedisten bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gehalten werden. Einem Antrage auf Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit bei der Straßenbahn versagten sowohl die Nationalsozialisten als auch der „christliche" Arbeitervertreter Zwanzig die Zustimmung, so daß sich für ihn, da der gesamte Bürgerblock dagegen war, keine Mehrheit fand.

Die Sitzung fand zur gewohnten Stunde, nämlich ½9 Uhr, ihr Ende.

Wainer Flaubert eine beachtenswerte Erweiterung erfahren. Wainer Flaubert, der auf dem Gebiete der Schießkunst zweifellos der Beste sein dürfte, erbringt den Beweis, daß er den Titel Weltmeister sehr wohl verdient.

* **Kurhaus Wittekind** Morgen, Mittwoch, 4 Uhr Kaffeekonzert. 8 Uhr abends Gesellschaftsabend mit Tanz für Dauerkarteninhaber.

Ammendorf. Sitzung der Gemeindevertretung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß die Gemeindevertreter Frau Dietrich und Arbeiter Hartmann (KPD.) ihre Mandate angeblich aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt haben. An die Stelle der Ausgeschiedenen treten der sattsam bekannte Tuchler Wollmann und der Schleifer Willi Gropp. Wollmann wurde denn auch gleich in die Wohlfahrts- und Wirtschaftskommissionen gewählt Hier hat die KPD. wieder ihren würdigsten Vertreter entsandt. Böse Zungen behaupten, daß er nur noch als Schöffe in die Vertretung eintreten wollte, aber der Stolz hat sich gewiß sehr stark gelegt und der Ehrgeizige ist dann auch mit einem Gemeindevertreteramt zufrieden. Der Vertreter Hoffmann fragte an, wie es mit der Errichtung von Plakatsäulen stände. Der Gemeindevorsteher sagte für das nächste Etatsjahr Abhilfe zu. Ueber die Einzäunung des neuen Sportplatzes entspann sich eine schier endlose Debatte um nichts. Zum Schluß wollte jeder dasselbe gemeint haben und einstimmig wurde beschlossen, dem Schlossermeister Brauer die Arbeiten zu übertragen, wenn er in das Angebot von Müllers Witwe in Halle eintritt. Einem Antrage des Wassersportvereins Ammendorf von 1923 wegen Ueberlassung eines Geländestreifens im Ortsteil Radewell an der Elster an Hänsels Furt wurde zugestimmt. Beim nächsten Tagesordnungspunkt suchten die Kapedisten in ganz demagogischer Weise Wahlpropaganda für sich zu machen, indem sie die Gewerbesteuer ablehnten mit der Begründung, daß sie überhaupt keine Steuern bewilligten. Unsere Fraktion kennzeichnete diese unsinnige und verlogene Politik natürlich gebührend, denn wir können nicht zustimmen daß den Ortsarmen, Sozialrentnern, alten Leuten usw. die Mittel zum Weiterleben entzogen werden. Als unser Redner das den „Revolutionären" vorhielt, versuchte es ausgerechnet der Musterkommunist Wollmann, sich an unsrer Fraktion in recht alberner Weise zu reiben. Daß dieser Mensch, dem seine eigenen Parteigenossen bereits mehrfach das Vertrauen entzogen haben, dabei sich zu der ungemeinen Roheit verstieg, einem Kriegsbeschädigten seine Gebrechen vorzuwerfen, nimmt nicht wunder. Solcher Gemeinheiten sind eben nur Elemente von dem Kaliber eines Wollmann fähig. Der Ordnungsruf vom Gemeindevorsteher war deshalb mehr wie berechtigt. Gegen die Stimmen der KPD. wurde dann beschlossen, die Gewerbesteuern nach der Lohnsummensteuer zu erheben. Der Landrat hatte gegen die Beamtenbesoldung, wie sie in der vorigen Sitzung beschlossen worden war, Einspruch erhoben und der Kreisausschuß hatte sich diesem Einspruch angeschlossen. Die Bürgerlichen sowie die Kommunisten beschlossen aber auch heute wieder, es bei dem alten Zustand zu belassen und Klage im Verwaltungsstreitverfahren zu erheben. Man gibt zwar selbst zu, daß der Leiter eines so großen Gemeinwesens wie Ammendorf in Gruppe 12 gehört, aber man möchte es, aus Angst vor den Wählern, nicht selbst machen. Wenn es die höheren Instanzen beschließen, kann man sich dann hinstellen und auf die Unschuld hinweisen.

Könnern. Republikaner. Am Mittwoch, dem 25. März, wird der für jeden Republikaner sehenswürdige Film „Eberts Beerdigung" sowie „Der Reichsbannertag in Magdeburg" hier abrollen. Wir empfehlen jedem, sich diesen Film anzusehen.

Wettin. Märzfeier. Am vergangenen Sonntag veranstalteten die Sozialdemokratische Partei und das Reichsbanner, Ortsgruppe Wettin, im „Kleinen Schweizerling" eine Märzfeier. Trotz des schlechten Wetters waren auch von Halle eine stattliche Anzahl Reichsbannerleute erschienen. Durch ihre Vorführungen verschönerten sie den Abend und die Zuhörer spendeten reichlichen Beifall. Die Vorträge von Fräulein Höhne und Riehl fanden allgemeine Anerkennung. Kamerad Spott sprach über die Geschichte der Stadt Wettin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß des öfteren hier solche Veranstaltungen stattfinden, die den Geist des Reichsbanners auf jetzt noch fernstehende Kreise zu übertragen geeignet seien. Kamerad Petersdorff hielt die Festansprache, in der er über die Verfassung und den Werdegang der Farben Schwarz-Rot-Gold referierte. Mit großem Interesse folgten die Anwesenden seinen interessanten Ausführungen. Den Abschluß der Veranstaltung bildete ein kleines Tänzchen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250324-18/fragment/page=0005
DFG

Aus der Provinz.

Der Bitterfelder Sparkassenskandal vor dem Kreistag.

Wie wir bereits berichteten, beschäftigte sich der Bitterfelder Kreistag auch mit den bekannten Kreditgewährungen der Kreissparkasse an den Kaufmann Dohme (Bitterfeld). Der Vorsitzende, Landrat Genosse Stammer, gab zunächst eine ausführliche Sachdarstellung, aus der folgendes hervorging. Um das Kreditbedürfnis im Kreise Bitterfeld zu befriedigen und dadurch zur Behebung der Arbeitslosigkeit beizutragen, entschloß sich zu Beginn des Jahres 1924 der Vorstand der Kreissparkasse, Geld von offenen Geldmärkte hereinzunehmen. Diese Gelder wurden zuerst bei einer privaten Bank, später unter Zurückhaltung an diese Bank, von einem öffentlichen Bankinstitut entliehen. Es handelte sich damals um 500 000 Rentenmark, von denen später 100 000 Rentenmark abgedeckt wurden. Diese Gelder wurden gegen entsprechende Sicherheiten im Kreise Bitterfeld ausgeliehen. Von den Geldern flossen im Laufe des Jahres 1924 große Beträge zurück. Statt nun diese Summen zur Abdeckung der aufgenommenen Schuld zu verwenden, gewährte der Kreisdirektor Kunzke ohne Wissen und gegen den Willen des Kassenvorstandes und unter bewußter Verheimlichung dem Kaufmann Dohme in Bitterfeld einen Kredit von weit über 300 000 Rentenmark. Zu dieser Summe treten die aufgelaufenen Zinsen hinzu. Während der Kreissparkassendirektor Kunzke dem Vorstand alle möglichen Ausleihungen zur Genehmigung vorlegte, verschwieg er ihm diese große Ausleihung. Anfang September stellte der Landrat das Vorhandensein der Ausleihungen an Dohme fest, und es ergab sich, daß Kunzke

für Dohme drei Konten unter verschiedenen Bezeichnungen angelegt

hatte, damit der Betrag nicht auf einem Konto so hoch erschien. Zur Rechenschaft gezogen, erklärte Kunzke in einer Vorstandssitzung wörtlich: „Ich verteidige mich nicht, es ist nun einmal geschehen.“ Die Ausleihungen an Dohme waren um so verwerflicher, als fast in jeder Vorstandssitzung Kunzke darauf hingewiesen wurde, die von der Sparkasse selbst entliehenen Beträge abzudecken. Kunzke erbot sich, von Dohme genügende Sicherungen zu bringen. Unter anderem übergab er dem Sparkassenvorstande eine gerichtliche Mitteilung über die Eintragung einer Sicherungshypothek von 300 000 Mark zugunsten des Dohme auf dem Besitz eines Mühlenbesitzers Knoesel in Erfurt-Gochheim, in dessen Räumen er eine Teppichkehrermaschinen-Fabrik betrieb. Wie sich aber sehr bald herausstellte, stand diese Sicherungshypothek nur auf dem Papier. Kunzke vertröstete außerdem den Kassenvorstand damit, daß Dohme sehr bald in der Lage sei, von einer englischen Bank 100 000 Mark und von einer Berliner Bank 200 000 Mark zur Abdeckung zu erhalten. Da diese Beträge, wie schon damals vom Sparkassenvorstand vorausgesehen wurde, ausblieben, meldete der Sparkassenvorstand den Konkurs über das Dohmesche Vermögen an. Dahme führte gegen die Eröffnung des Konkursverfahrens durch das Amtsgericht Bitterfeld Beschwerde und erreichte unbegreiflicherweise, daß

das Landgericht mit sofortiger Wirkung das Konkursverfahren einstweilen wieder aufhob.

Das hatte zur Folge, daß die damals verhältnismäßig günstige Konjunktur zur Verwertung der Konkursmasse nicht ausgenutzt werden konnte, insbesondere die in der Fabrik in Erfurt-Hochheim in Arbeit befindlichen Teppichkehrermaschinen nur zum kleineren Teil aufgearbeitet werden konnten. Die weitere Folge davon sei, daß der Verlust der Kreissparkasse wesentlich höher geworden sei, als ursprünglich angenommen zu werden brauchte, so daß man heute mit einem

Verlust von über 200 000 Rentenmark

rechnen müsse. Kunzke habe den Beamten der Kreissparkasse strengsten Auftrag gegeben, nicht über Ausleihungen mit irgend jemand zu sprechen, er selbst sorge dafür, daß der Landrat und der Vorstand unterrichtet würden. Die Beamten der Kasse haben sich durch Kunzke einschüchtern lassen und dem Landrat keine Meldung erstattet. Der Vorstand habe seine Pflicht voll und ganz getan und sei nicht dafür verantwortlich, daß Kunzke hinter seinem Rücken und gegen alle Vorschriften die Ausleihungen vorgenommen habe. Gegen Kunzke sei das Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet worden. Nach Kunzkes Entlassung habe sich in seinem verschlossenen Schreibtischkasten der Schriftwechsel über die Dohmesche Angelegenheit gefunden. Irgendwelche Befürchtungen der Sparer, daß sie Einbuße an Einlagen durch den Fall erleiden könnten, lägen nicht vor. Für die Deckungsfrage käme der Umstand zu Hilfe, daß das Kreiswirtschaftsamt jetzt aufgelöst würde, und daß sich bei diesem durch günstige Wirtschaft ein nicht unbeträchtlicher Ueberschuß ergeben habe. Dieser Betrag könne mit zur Deckung herangezogen werden. — Was nun die Person des Kunzke anbelange, so sei die Besetzung der Stelle des Kreissparkassendirektors mit diesem leider ein schwerer Mißgriff gewesen, doch auch hierfür könne er oder der Sparkassenvorstand nicht verantwortlich gemacht werden. Damals habe die Kreissparkasse, wie alle anderen Sparkassen- und Bankinstitute, unter den Auswirkungen der ungeheuren Inflation gestanden, und die Besetzung der Stelle habe nicht unnötig lange hinausgeschoben werden können. Wirklich tüchtige Sparkassenbeamte seien damals schwer zu erhalten gewesen. Die Wahl sei infolge Empfehlung von solchen Personen, die nicht etwa ein Interesse daran gehabt hätten, Kunzke von Delitzsch „fortzulochen“, auf Kunzke gefallen. Besonders günstig sei eine Auskunft des Generaldirektors Hartmann der Girozentrale Magdeburg gewesen, die der Vorsitzende wörtlich verlas.

Banse (Bitterfeld) wies darauf hin, daß er seinerzeit bei der Einführung der Bankgeschäfte bei der Kreissparkasse ernstlich davor gewarnt habe; seine Prophezeiung sei schneller in Erfüllung gegangen, als er gedacht habe. Der Vorfall sei eine bedauerliche Tatsache, er beantrage die Ueberweisung des Ueberschusses aus dem aufgelösten Kreiswirtschaftsamt an die Kreissparkasse. Ebenso beantragte er die für die ländlichen Fortbildungsschulen ausgeworfenen Kreismittel von 20 000 Mark der Kreissparkasse zu überweisen. Es äußerten sich hierzu noch die Abgeordneten Haberland (Brussendorf), Krause (Bitterfeld) Arndt (Gröbern), Blum (m. (Bitterfeld), Schäffner (Gräfenhainichen). Bemerkenswert war die Tatsache, die Arndt gelegentlich in Delitzsch festgestellt habe, daß nämlich Kunzke in seinem Auftreten seinen Beamten in Delitzsch gegenüber ebenso rücksichtslos gewesen sei wie hier in Bitterfeld, so daß es niemand der Beamten gewagt habe, gegen ihn irgend etwas zu unternehmen. Rudolph (Gräfenhainichen) wies darauf hin, daß den Vorstand nach der Aussprache keine Schuld treffe.

Wie man berichtet, beschloß der Kreistag nach der ausführlichen Aussprache, den Erlös aus der Auflösung des Wirtschaftsamtes der Kreissparkasse zur Abdeckung des Verlustes zur Verfügung zu stellen.

*

Aus dem vorstehenden Bericht geht klar und deutlich hervor, daß hier ein Korruptionsfall schlimmster Art vorliegt. Dieser Fall ist noch um so unbegreiflicher, als der Sparkassendirektor Kunzke sein Verfehlungen durch Terrorisierung der ihm unterstellten Beamten zu verschleiern suchte. In bewußter Weise hat Kunzke sowohl den Kassenvorstand wie auch den Landrat hintergangen, so daß man sagen kann, K. hat in verbrecherischer Weise die Kreissparkasse um rund 200 000 Mark geschädigt. Wenn auch die Sparer selbst ihr Geld nicht einbüßen, so ist der Geschädigte der Kreis, der das Loch in der Sparkasse auszufüllen muß mit Geldern, die nun anderen Aufgaben, die der Kreis zu erfüllen hat, entzogen werden. Wäre der Sparkasse dieser Verlust erspart geblieben, dann konnten u. B. die 200 000 M der Wohlfahrtspflege überwiesen werden, und es konnte manche Träne damit getrillt werden. Nun wird man den Armen wieder sagen, für ihre berechtigten Wünsche habe der Kreis kein Geld übrig.

Trotzdem hier ein offenkundiges Verbrechen vorliegt haben wir noch nichts davon gehört, daß der Staatsanwalt sich mit der Person des Herrn Kunzke befaßt hat. Aber auch die bürgerliche Presse, die mit dem Barmat-Skandal täglich ganze Spalten füllte, schweigt sich über den Fall Kunzke völlig aus. Das „Bitterfelder Tageblatt“ bekommt es sogar fertig, in seinem Bericht über die Kreistagssitzung die Verhandlungen über die Sparkassenangelegenheit einfach fortzulassen. Das Blatt, das sich amtliches Veröffentlichungsblatt betiteln darf, unterschlägt seinen Lesern den Tatbestand, weil dieser zeigt, daß ein Mann, der einst in Delitzsch als deutschnationaler Mann der Führer des Bürgerblocks im Stadtparlament war, sich nicht gescheut hat, in bewußter Weise die ihm anvertrauten Gelder der Sparer zu gefährden. Die Heuchler, die die Sozialdemokratische Partei mit einem Barmat zusammenspannen sind entlarvt; sie decken den Schwindel den ein Deutschnationaler verübt wie sie jeden Schwindel decken, der von ihnen nahestehenden Leuten verübt wird. Danach werden unsere Leser die gemeine Wahlpropaganda der Rechtsparteien bewerten können, die mit dem Fall Barmat ihre eigenen Sünden zu verdecken suchen.

Die Agitationsmethoden des Jarres-Blocks.

Haltlose Verleumdungen.

In den Wahlaufrufen des Jarres-Blocks wird wieder mit den von den letzten Reichstagswahlen her bekannten Methoden der Verleumdungen Stimmung gemacht. So wird von dem sozialdemokratischen Kandidaten Otto Braun als „dem Vertreter der Barmat-Marxisten“ gesprochen. Wenn die Burschen, die diese Sudelschriften verfassen, für den Inhalt geradestehen sollen, dann kneifen sie elendiglich. In der „Kreuzzeitung“, dem edlen Krautjunkerorgan, fanden wir vor einigen Tagen folgendes gedruckt:

Vergleich.

In der Strafsache gegen Silgradt: Die Parteien vergleichen sich wie folgt:

Der Angeklagte Silgradt erklärt: Nachdem ich mich in der heutigen Hauptverhandlung davon überzeugt habe, daß die in dem Artikel „Der Großschieber Bohn“ in Nr. 135 der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ vom 23. April 1924 gegen den Herrn Regierungspräsidenten Grützner, früher Düsseldorf, jetzt Merseburg, erhobenen Beschuldigungen unbegründet sind,

nehme ich dieselben mit dem Ausdruck des Bedauerns hiermit zurück,

insbesondere die Behauptung, daß Herr Regierungspräsident Grützner es verstanden habe, durch eine Reise nach England sich seiner Vernehmung als Zeuge zu entziehen, um den Prozeß gegen Bohn zu verschleppen, und daß er als „unbeeidigter Zeuge“ vernommen werden sollte. Der Angeklagte Silgradt übernimmt die Kosten des Verfahrens. Der Strafantrag wird zurückgenommen werden nach Zahlung der Kosten und nachdem der Angeklagte folgender Verpflichtung nachgekommen ist, worüber Belegexemplare vorzulegen sind. Der Angeklagte verpflichtet sich, diese Erklärung unverzüglich wörtlich und ohne Zusatz in der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ in Elberfeld, der „Kölnischen Zeitung“ in Köln und der „Kreuzzeitung“ in Berlin sowie durch die Telegraphen-Union in Berlin auf seine Kosten veröffentlichen zu lassen, und zwar im politischen Teil der in Betracht kommenden Zeitungen.

Herr Silgradt ist auch in Halle nicht ganz unbekannt, denn er gehörte vor nicht allzu langer Zeit dem Redaktionsstab der „Allgemeinen Zeitung“ an. Seine Verleumdungen in der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ gegen Grützner gehören zum Arsenal des Skandalfeldzuges, den die Rechte zur Präsidentenwahl vorbereitet hat. Die Verleumder wissen, daß vor Gericht ihre Behauptungen nicht standhalten. Sie ziehen es deshalb vor, sich und ihre Presse selbst zu ohrfeigen.

Das sind die Männer, die für Jarres eintreten. So sehen ihre Waffen aus! Und Herr Jarres steht auf ihren Schultern, um mit ihnen und durch ihre Verleumdungen Präsident zu werden.

Betriebsratswahl in den Mitteldeutschen Stickstoffwerken.

Aus Piesteritz wird uns geschrieben:

Die Einreichung einer Gewerkschaftsliste zu den Betriebsratswahlen mit dem Kennwort „Amsterdam“ hat im kommunistischen Lager große Bestürzung hervorgerufen. Sofort nach Bekanntwerden dieser Liste hatte der kommunistische Betriebsratsvorsitzende und Wahlvorstand, beides in einer Person, eine Betriebsversammlung für Montag, den 16. März, einberufen. Ueberall, außerhalb wie auch innerhalb des Werkes, prangten die Handzettel der sogenannten „Roten Betriebsräte“ mit der alten abgeleierten Walze der bekannten Moskauer Phrasen. Vor Beginn der Versammlung standen an den Toren des Werkes die Flugblattverteiler, ausgerüstet mit Eichenknüppeln (nach Stahlhelmer Art), die Frontkämpfer-Medaille und den Sowjetstern 1. Klasse auf der revolutionären Kämpferbrust und drückten jedem Kollegen noch einen der bekannten Moskauer Bilderbogen „Wählt Rote Betriebsräte“ in die Hand. Schwere Geschütze hatten die kommunistischen Faustkämpfer aufgefahren, um die „Amsterdamer“ mit dem Donner ihres gewaltigen Mundwerks todzubrüllen. Es waren dies der revolutionäre Ortskartellvorsitzende Scheuffler und die neue Moskauer Kanone, der Gewerkschaftssekretär Feustel aus Wittenberg. Mit letzterem werden wir uns noch an anderer Stelle beschäftigen. Er versuchte mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln unsere Liste illusorisch zu machen. Das ist ihm aber vorbeigelungen. Er erklärte, da auf unserer Gewerkschaftsliste das Kennwort „Amsterdam“ stehe, sei dieselbe eine parteiische Liste. Feustel und Scheuffler verlangten nun die sofortige Zurücknahme dieser Liste oder sie würden sofort gegen die 27 „Amsterdamer“ das Ausschlußverfahren eröffnen. Als diese demagogische Drohung als den gewerkschaftlichen Richtlinien zuwiderlaufend von uns zurückgewiesen wurde, schlug Feustel in seiner Hilflosigkeit eine Einigung auf die kommunistische Liste vor. Das wurde grundsätzlich abgelehnt, worauf uns erklärt wurde, daß nun das Ausschlußverfahren gegen die Amsterdamer eingeleitet würde. Weiter wurde von uns in der Diskussion die Frage aufgeworfen, weshalb dem Antrag eines Teiles der Belegschaft betreffs der 15 Minuten Arbeitsruhe aus Anlaß des Hinscheidens des Reichspräsidenten seitens des Betriebsrats nicht stattgegeben wurde. Da erklärte der Ortsausschußvorsitzende Scheufflier, in seiner Zeitung („Klassenkampf“) habe kein Aufruf vom ADGB. gestanden und vom Bezirkskartell habe er kein Schreiben darüber erhalten, er wisse von nichts. Noch kläglicher war die Haltung des Gewerkschaftssekretärs Feustel, der sich dazu überhaupt nicht äußerte. Auch sonst befaßte sich die von dem üblichen kommunistischen Krakeel begleitete Versammlung weniger mit der Betriebsratswahl, dafür aber mit einer wüsten Schimpfkanonade auf die SPD. und ihre Führer, wobei sich die kommunistischen Redner gegenseitig zu überbieten suchten.

Arbeitskollegen, gebt diesen kommunistischen Phrasendreschern die richtige Antwort! Tretet ein in die freien Gewerkschaften! Wählt die Liste des gewerkschaftlichen Aufbaues! Wählt die Liste 2 (Amsterdam)!

Gewährung von Darlehen zu Wohnungsbauten.

Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in Merseburg ist jetzt wieder in der Lage, an Versicherte ihrer Anstalt erststellige hypothekarische Darlehen bis zu höchstens 3000 Mark auf ein Einfamilenhaus bei nachstehenden Voraussetzungen zu gewähren:

Der Versicherte muß sich durch kinderreiche Familie oder ernstliche Erkrankungen, hervorgerufen durch schlechte Wohnverhältnisse, in besonderer Notlage befinden. Das Bauvorhaben des Versicherten muß durch Gewährung der Hauszinssteuerhypothek unterstützt werden und der Kreis oder die Gemeinde die Bürgschaft für das Darlehen der Landesversicherungsanstalt bis zur völligen Rückzahlung desselben übernehmen. Der Zinsfuß für das Darlehen beträgt 6 Prozent, die Tilgung 1 Prozent.

Anträge auf Gewährung dieses Darlehens sind direkt bei der genannten Landesversicherungsanstalt zu stellen.

An unsere Berichterstatter!

Nicht mit Blei- oder Tintenstift schreiben! Immer nur eine Seite des Blattes beschreiben! Keine Abkürzungen machen, sondern jedes Wort ausschreiben! Nur das Wesentliche berichten! In der Kürze liegt die Würze! Und die Hauptsache: Denkt immer daran, daß es ein „Bürgerliches Gesetzbuch“, ein „Preßgesetz“ und ein „Strafgesetzbuch“ gibt!

Die bunten Schleier.

Roman von Alfred Schirokauer.

89] (Nachdruck verboten.)

Sie bereute nicht, was sie getan hatte. Doch sie fühlte sich nun einsamer und verlassener als je. Jetzt klaffte zwischen dem geliebten Manne — ja, ja, doch — dem trotz allem allein und voll Wunden geliebten Manne — und ihr ein Abgrund, über den keine Brücken führten.

Jetzt hatte der unseelige Streit zwischen sie eine Mauer gebaut, die sie für alle Zeiten von ihm trennte, eine Mauer, an der sie sich zeitlebens die Stirn blutig schlagen würde.

Sie blickte verzweifelt und sterbensmüde vor sich nieder, als Jane mit der Visitenkarte des Griechen eintrat.

„Ein sehr hübscher, liebenswürdiger, eleganter junger Mann,“ kommentierte sie die feierliche Ueberreichung der Karte.

Gentilla las sie. Die Ueberraschung und der Schreck schleuderte sie gegen die Rückenlehne des Schreibstuhles.

Dieser Mensch in London?! Dieser Verräter in ihrem Hause?! Was wollte dieser Lump von ihr?!

Ihr Gehirn arbeitete in Sekundenschnelle Hast, zeigte ihr Erinnerungsbilder des Entsetzens und des Grauens. Die schrecklichsten Stunden ihres Lebens, die furchtbare geheime Tragödie von Phylae standen wieder in aufgeschreckter Lebendigkeit vor ihren Augen. Abgrund und Mauer zwischen dem geliebten Manne und ihr waren vergessen. Nur grenzenlose Liebe und flatternde Angst um den Mann, dem sie galt, war in ihr.

Ihr erster Impuls war, den Menschen nicht zu empfangen. Doch sofort rannte die Furcht diese instinktive Abwehr über den Haufen. Dieser Mensch war Mitwisser. Er trug in seinen gewissenlosen Händen das Schicksal Ferrys. Ein Wort von ihm konnte die verhüllende Binde von des Bildhauers verblendeten Augen reißen, ihm das wahre Gesicht seines Idols entschleiern. Das war dann das Ende — das Ende seines Lebens, seines Geistes, seines Schaffens. Nein, nein, sie mußte ihn empfangen, hören, was ihn zu ihr nach London führte.

„Ich lasse bitten,“ befahl sie mit.

Jane Humphreys begriff die Gemütsverfassung ihrer „Kleinen“ nur zu gut.

„Du bist ergriffen von dem Streit“ sagte sie, vor sich hinnickend, daß die Spitzen der Haube wippten. „Aber ich sage dir, gut war's, daß du ihm mal gehörig die Meinung gesagt hast. Den sind wir für alle Zeiten los. Unser Herr Mac Lean wird sich was freuen, wenn ich es ihm erzähle. Und nun werde ich den Herrn heraufführen. Du wirst staunen, wie hübsch und elegant er ist. Was der nur von dir will? Kennst du ihn?“

„Führ ihn herauf!“ gebot Gentilla bleich. „Und noch eins, Jane, du hast wieder an der Tür geborcht. Bitte, laß das!“

„Ich gehorcht?!“ rief Jane entrüstet. „Als ob ihr beide nicht laut genug gesprochen hättet, daß man's in der Küche hören konnte! Ich horche nie. Oder weil Lügen Sünde sind, und ich mich nicht gern einer Sünde schuldig mache, — ich horche manchmal — vielleicht öfter. Aber du brauchst keine Angst zu haben, daß ich horchen werde, was der junge, hübsche Herr von dir will. Es interessiert mich nicht so viel — nicht so viel.“

Sie zeigte das Maß ihrer Gleichgültigkeit an der Nagelspitze ihres verarbeiteten kleinen Fingers und trollte sich, bitterlich schmollend. Sie horchen! Sowas! Man mußte doch viel Geduld mit seiner Herrschaft haben, selbst wenn man sie unter Opfern und Selbstlosigkeit von Kindesbeinen an aufgezogen hatte. Sie hielt es aber für angebracht, diesmal doch lieber nicht zu horchen.

Herr Georgios Adamantos trat ein, lächelnd und bevot wie in früheren Tagen, trotz der gehobenen Stellung, in der er jetzt als Gentlemen lebte. Er wagte nicht, die Hand zu bieten, verbeugte sich nur leicht und ritterlich. Sie nickte zurück und wies auf einen Stuhl.

Er setzte sich und legte das umfangreiche Paket vorsichtig auf die Knie.

„Wie geht es Ihnen Miß Nash?“ fragte er und bemühte sich, möglichst unbefangen zu erscheinen.

„Was führt Sie nach London — zu mir?“

Sie stellte die Gegenfrage, ohne seine gesellschaftliche Phrase zu beantworten.

„Ich lebe jetzt in London.“

„Sie leben hier?!“

Ein starker Unterton lebhafter Beunruhigung zitterte in ihren Worten.

„Na.“

„Und was wünschen Sie von mir? Sie werden begreifen, daß Ihr Besuch mich einigermaßen in Erstaunen setzt, nach dem, was — dort unten — geschehen ist.“

Ihre Unsicherheit gab ihm Festigkeit.

Er lächelte herablassend: „Ich komme in einer rein geschäftlichen Angelegenheit, Miß Nash. Wir wollen die Dinge von dort — unten — mit keiner Silbe berühren. Es handelt sich um eine Liebenswürdigkeit, um die ich Sie bitten möchte. Sie kennen das Carlton-Museum?“

Sie nickte.

„Sie wissen, es sammelt hauptsächlich die Art Antiquitäten, die das Britische Museum nicht führt.“

„Ich weiß.“

„Ich habe dem Direktor — kennen Sie ihn persönlich?“

„Persönlich nicht.“

„Ich habe ihm heute eine antike griechische Amphore zum Kauf angeboten. Eine herrliche Arbeit, wie Sie gleich sehen werden. Er ist nicht abgeneigt, sie zu erwerben. Doch er stellt eine Bedingung.“

„Bitte!“

„Daß auch Sie seine Ansicht von der Echtheit der Vase bestätigen.“

„Warum gerade ich?“

„Weil er,“ — Adamantos verbeugte sich galant lächelnd — „wie er sagte, das Urteil des „ersten Fachmannes“ in England hören wollte.“

„Zeigen Sie mir die Amphore.“

Hurtig begann Adamantos die Vase aus ihren Hüllen zu lösen. Vorsichtig stellte er das kostbare Gefäß vor Gentilla auf den Tisch.

Es war eine griechische Amphore mit wundervoll gemalten Tauben im Fluge, herrlich in den zarten graublauen Farbentönen, in der Schattierung, in der Verve der beschwingten Bewegung. Ein Seitenstück zu dem Kostbarsten, was man in Phylae gefunden hatte. Einer der geschweiften Henkel war abgebrochen, auch am Rande der Mündung fehlte ein Stück. Gentilla zog das Gefäß dicht an sich heran und untersuchte es mit geschultem Kennerblick.

„Ist es nicht ein herrliches Stück?!“ rief Adamantos begeistert.

Sie achtete nicht auf die Ablenkung, sie prüfte den Ton, die Farben.

„Sehen Sie nur den Rhythmus der Bewegung, die frappierende Natürlichkeit der Taubenkörper.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250324-18/fragment/page=0006

Stärkt die Konsumentenorganisation!

Aus Wolfen wird uns geschrieben:

Daß im Zusammenschluß die Stärke liegt, haben nun auch die Gewerbetreibenden in Wolfen entdeckt. Nun fällt es uns natürlich nicht ein, den Gewerbetreibenden etwa das Recht, sich zusammenzuschließen, streitig zu machen. Wir wollen es begrüßen, wenn uns immer mehr Helfer erstehen, die gewillt sind, mit den schwer ums Dasein ringenden Arbeitern gemeinsam gegen jene Gruppen vorzugehen, die es trotz größter Not, trotz tiefster Verelendung der arbeitenden Volksgenossen gewissenlos fertigbringen, sich an den Arbeitenden in unerhörtester Weise zu bereichern. Aber diesem edlen Zweck der Niederringung jener Volksvampire dient der Zusammenschluß der Wolfener Gewerbetreibenden leider nicht. Aus dem Verhalten dieser Herren und ganz besonders der führenden Geister ist ohne weiteres ersichtlich, wohin die Reise geht. Es seien hier nur die Namen Stickel und Pfeiffer genannt und dabei erwähnt, daß Herr Zimmermeister Stickel in einer Sitzung der Gewerbetreibenden vor den letzten Reichstagswahlen die Parole ausgab, deutschvolksparteilich zu wählen. Schon aus dieser Tatsache ist ersichtlich, daß sich der Zusammenschluß gegen die Arbeiter richtet. Schließlich weiß ja auch Herr Stickel, der heute selbst als Unternehmer bei der Gemeinde Arbeiten ausführt gegen einen Notstandstagelohn von 10 Mk., daß sich die Deutsche Volkspartei ganz besonders der Arbeiter annimmt, wenn es gilt, sie gehörig auszuplündern, und wir sind dem Herrn durchaus dankbar dafür, daß er den Arbeitern Wolfens Gelegenheit gegeben hat, das wahre Gesicht unserer Gewerbetreibenden beizeiten zu erkennen.

Wie Pilze sind im verflossenen Jahre die Kramlädchen aus der Erde geschossen, und es dürfte immerhin eine stattliche Anzahl Gewerbetreibender sein, die sich da zusammengeschlossen haben, um in ernster Arbeit die große Frage zu lösen „Wie verschaffe ich mir ein äußerst angenehmes Leben, ohne viel zu arbeiten?" Eine Erfahrung soll man schon gemacht haben, nämlich die, daß der schlechteste Handel zehnmal besser sei als die beste Arbeit. Wenn aber die Herren der Meinung sind, jene große Frage nach der Formel zu lösen: „Organisiere dich, breche ein Lädchen aus, plündere den Bruder Arbeiter und wähle Deutsche Volkspartei", dann haben sie sich verrechnet. Ohne Zweifel lebt heute das ganze Krämervolk in Wolfen von den Groschen der Arbeiter, und bereitwilligst tragen die Hausfrauen den Wochenverdienst des Mannes immer wieder zu ihnen hin, um letzten Endes die Erfahrung zu machen, daß in dem neugebackenen Kaufmann aus dem ehemaligen Anilin- oder Filmarbeiter unter der Führung gerissener Organisatoren ein ganz gewiegter Aussauger geworden ist, der sonst für den Bruder Arbeiter von ehedem nichts, aber auch gar nichts mehr übrig hat. Oder wo ist in Wolfen der Arbeiterverein, gleichgültig welcher Art, der einen dieser Herren zum Mitglied hat? Oder wann hat bei irgendeiner Veranstaltung dieser Vereine jemals ein Gewerbetreibender diese besucht? Dagegen auf den Bauernbällen oder sonstigem bürgerlich aufgezogenen Rummel glänzen die Herrschaften und lassen sich's etwas kosten. Im übrigen aber wird Abstand gehalten von allem, was nach Arbeiter riecht.

Nun, noch ist es Zeit, dafür zu sorgen, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, und wir wollen verhindern, daß der Arbeiterschaft neue Widersacher erstehen, die uns den Aufstieg nach allen Regeln der Kunst erschweren. Wolfen hat eine Verkaufsstelle des Konsumvereins Holzweißig. Arbeiter, denkt daran! Hier werdet Ihr geachtet, hier seid Ihr vor Ausbeutung geschützt! Mit Eurem Einkauf stärkt Ihr Euer eigenes Geschäft! Ihr selbst überwacht das Geschäftsgebaren, entscheidet über die Qualität der Waren und habt die absolute Gewähr dafür, in dem Personal keine Feinde zu ernähren. Darum laßt die Gewerbetreibenden in Zukunft hübsch unter sich. Denkt daran, daß Ihr mit jedem Groschen, den Ihr an die falsche Stelle tragt, die Stoßkraft Eurer Gegner erhöht!

Emseloh. Schildbürgerei. Bequemlichkeit ist's halbe Leben. Von diesem Standpunkt aus wurden alle modernen Einrichtungen geschaffen. Bei manchen Dingen wird dieser Grundsatz vergessen, nicht immer ohne Absicht, wenn man anderen lieben Mitmenschen das Leben erschweren will. Hier in Emseloh sucht man bei Wahlen immer ein Wahllokal aus, das für die Mehrzahl der Wähler am entlegensten ist. Auch zur Reichspräsidentenwahl ist wieder der „Gasthof zum Mohr" als Wahllokal bestimmt worden, der am Ende des Dorfes liegt, während der zweite Gasthof und die Schule mitten im Dorfe liegen. Sollte für den Gemeindevorstand bestimmend gewesen sein, daß der Besitzer des „Mohren" ein Deutschnationaler ist und das Rittergut Kaltenborn in der Nähe liegt? Müssen deshalb über 300 Wähler den weiten Weg machen, damit der Herr Gutsbesitzer es recht bequem hat, sein Wahlrecht auszuüben? Wir dachten immer, der Gemeindevorstand hätte sich den Wünschen der Mehrheit der Einwohner zu fügen, die in bezug auf das Wahllokal des öfteren schon an sein Ohr gedrungen sind.

Elsterwerda. Deutsche Friedensgesellschaft. Die am 18. Januar 1925 gegründete Kreisgruppe Liebenwerda der Deutschen Friedensgesellschaft hatte am Mittwochabend in Sachses Gasthof in Biehla eine Versammlung. Zu Beginn gedachte der Vorsitzende, Postmeister Thiemann (Bockwitz), des verstorbenen Reichspräsidenten, wobei er hervorhob, daß gerade Pazifisten mit besonderem Rechte sein Andenken ehren könnten. Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: 1. Es wurde einstimmig die Umwandlung der Kreisgruppe in eine Arbeitsgemeinschaft gutgeheißen und diese „Niederlausitzer Arbeitsgemeinschaft" benannt. Wie aus dem hierbei erstatteten Berichte des Geschäftsführers hervorging, hat die junge Organisation in den zwei Monaten ihres Bestehens bereits drei Ortsgruppen gegründet. 2. Der Vorstand der Kreisgruppe wurde als Vorstand der Arbeitsgemeinschaft bestätigt mit der Ergänzung, daß jede Ortsgruppe und jede korporativ angeschlossene Organisation einen Beisitzer stellt. 3. Es wurde beschlossen, allen Mitgliedern der Ortsgruppen die am 1. und 15. jeden Monats erscheinende Zeitschrift „Die Friedensbewegung" obligatorisch zu liefern. Alle Ankündigungen der Arbeitsgemeinschaft werden in dieser Zeitschrift veröffentlicht werden. 4. Es wurde in Aussicht genommen, demnächst eine Vortragsreise des Sekretärs Gerhard Seger (Berlin) zu veranstalten, bei der wieder eine Reihe Ortsgruppen ins Leben gerufen werden soll. Weiter soll in Elsterwerda eine öffentliche Versammlung mit dem bekannten Pazifisten Helmuth von Gerlach (Berlin), dem Herausgeber der „Welt am Montag" als Redner stattfinden. Näheres wird noch bekanntgegeben. Die Ortsgruppen Bad Liebenwerda und Bockwitz werden Anfang April Vorträge von Pastor Müller (Würdenhain) veranstalten. Der Ortsgruppe Bockwitz hat sich der dortige Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes als korporatives Mitglied angeschlossen. Die nächste Sitzung der Arbeitsgemeinschaft findet in Ruhland statt. Der Arbeitsgemeinschaft gehören die Ortsgruppen Bad Liebenwerda, Bockwitz, Senftenberg und der Kreisverband Liebenwerda des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten an.

Bockwitz. Einbruchsdiebstahl. Im Gasthof Richter wurde in der Nacht vom Sonntag zum Montag ein Einbruchsdiebstahl verübt. Die Diebe sind von der Straße aus durch ein Fenster eingedrungen und haben einige hundert Mark Geld, Zigarren, Zigaretten, Schnaps, eine Damenuhr und einen halben Schinken entwendet.

Bockwitz. Der Heimatverein hatte zu Sonnabend das Doppelquartett vom Berliner Lehrergesangverein verpflichtet. Die Künstler entledigten sich ihrer Aufgabe in bekannter Weise. Den zahlreich Erschienenen wird der Abend ein Erlebnis gewesen sein. Vor allem werden die alten schlichten Volksweisen gefallen haben.

Bockwitz. Eine öffentliche Gemeindevertretersitzung findet am Donnerstag, dem 26. März, abends 8 Uhr, in der Schulaula statt.

Grünewalde. Leichenausgrabung. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft zu Torgau wurde vor einigen Tagen auf dem hiesigen Friedhof die Ausgrabung einer Leiche vorgenommen. Es handelt sich, wie verlautet, um den vor etwa vier Monaten plötzlich erfolgten Tod einer jüngeren Ehefrau, dessen Ursache im Interesse einer gerichtlichen Aufklärung behördlicherseits festgestellt werden soll.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 24. März 1925.

Merseburg erhält einen Schlachthof.

Merseburg soll nun endlich auch einen Schlachthof bekommen, und zwar soll das von der Stadt erworbene Grundstück des früheren Bürgerlichen Brauhauses (jetzt Gummiwarenfabrik in Konkurs) dazu benutzt werden, das sich vorzüglich dazu eignet. Der Umbau der Anlage soll in mehreren Staffeln nach dem jeweiligen Bedürfnis bzw. der Entwickelung der Stadt erfolgen. Der erste Ausbau des zukünftigen Schlachthofes soll in dem zurzeit notwendigen Rahmen erfolgen, derart, daß er noch bei einer 50prozentigen Erhöhung der Schlachtziffern bei einem Betriebe von 2 bis 3 Tagen in der Woche genügt. Eine weitere Zunahme der Schlachtziffern kann durch Zunahme weiterer Schlachttage zunächst bewältigt werden. Die Gesamtschlachtanlage wird in der vorhandenen großen Halle an der Nordseite des Grundstückes, die sehr hell und luftig ist, untergebracht und zwar auf der nördlichen Hälfte die Rind- und Kleinviehschlachthalle mit 4 Winden und anschließender Kuttelei, auf der südlichen Hälfte die Schweineschlächterei mit den erforderlichen Nebenräumen, wie Wartebucht, Tötebucht und Kuttelei. Die gesamte Schlachthalle wird mit Förderbahn ausgestattet, die einen unmittelbaren Anschluß durch Gleisanlage mit dem Vorkühlraum und der Kühlhalle gibt. Die Anlage wird so angelegt, daß eine spätere Erweiterung jederzeit möglich ist und daß die Ställe in der Südostecke mit in sich abgeschlossenem Viehhof untergebracht sind. Die ganze Anlage soll Gleisanschluß vom Städtischen Gaswerk erhalten. Die Räume im Obergeschoß bleiben als Vorrat für spätere Erweiterung. Es ist vorgesehen, dieselben, soweit sie noch nicht gebraucht werden, als Lagerräume zu vermieten. Die Kosten betragen für den ersten Ausbau einschließlich Grundstück 300 000 Mk., die als Gesamtkosten der Anlage für die Wirtschaftsberechnung anzunehmen sind.

---

* **Wahlpulver.** Jede Wahl kostet Geld. Daß bei den hintereinander folgenden Wahlen das Wahlpulver doppelt notwendig ist, wird wohl jeder Genossin und jedem Genossen klar sein. Jeder muß sein Scherflein geben, und wenn es noch so klein ist; viele Wenige geben auch ein Viel. Vor dem Kriege wurde auch groschenweise gesammelt. — Beiträge zu den Wahlunkosten nehmen das Sekretariat, Seffnerstraße 4, sowie die bekannten Genossen jederzeit entgegen. Auch können Sammellisten dortselbst in Empfang genommen werden.

* **Das Merseburger Lehrerseminar** ist am 20. März aufgehoben worden, nachdem seit rund 20 Jahren am Orte Lehrer ausgebildet worden sind. Grund zur Schließung der Anstalt war einesteils das herrschende Ueberangebot an jungen Lehrern und weiter wird die Ausbildung der Lehrer in Zukunft sich in anderen Formen vollziehen. — Die Gebäude des Seminars werden künftig von der vor kurzem gegründeten Realschule i. A. benutzt.

Frankleben. Gelandete Leiche. Die 16jährige Alma Kohls, die von einem Besuch bei ihren Eltern in Naundorf nicht nach Frankleben in ihre Dienststelle zurückgekehrt war, ist in Weißenfels im unteren Schleusengraben der Stauichleuse als Leiche gefunden worden. Ob Selbstmord oder Verbrechen vorliegt, ist noch nicht aufgeklärt.

Groß-Kayna. Betriebsunfall. Am Sonnabend vormittag kam im Stahlwerk Groß-Kayna der Arbeiter Sobeck dadurch zu Schaden, daß beim Rangieren eine Bohle, die über die Puffer der Rangiermaschine gelegt war, ins Rutschen kam. Der auf der Bohle stehende S. kam zu Fall und brach sich den Fuß dermaßen, daß er, nachdem ihm ein Notverband angelegt war, der chirurgischen Klinik in Halle zugeführt werden mußte.

Aus dem Kreise Querfurt. Die Eisenbahnverwaltung hat für das Unstruttal einen Abendzug von Naumburg nach Laucha zugesagt, der in Naumburg um 10.15 Uhr abfahren soll. Die beteiligten Gemeinden müssen aber eine Garantiesumme leisten, die dann angegriffen wird, wenn die Züge nicht von einer bestimmten Anzahl von Reisenden benutzt werden.

Laucha. Der Magistrat ist ermächtigt worden, der Baugenossenschaft Kredite bis zu 5000 Mk. zur Verfügung zu stellen, die zur Beschaffung von Baustoffen zu verwenden sind.

Roßleben. Zur Schulaufnahme sind hier nur 27 Kinder gemeldet, gegen rund 60 in Normaljahren. Die außerordentlich schlechte wirtschaftliche Lage hat damit auch in Roßleben, genau wie in vielen anderen Orten, einen Tiefstand erzeugt, der bisher noch nicht zu verzeichnen war. — Bei der Reifeprüfung in der Klosterschule Roßleben bestanden von 15 Prüflingen nur 8. Die berühmte Klosterschule kann nur von Söhnen schwerreicher Eltern besucht werden, vor allem auch von Adeligen. Das Resultat beweist daher, daß es gerade bei dieser Klasse im Punkte geistiger Fähigkeit nicht weit her ist.

Roßbach. Das Auge des Gesetzes. Von einem Leser unseres Blattes werden wir um die öffentliche Anfrage ersucht: Mit welcher Berechtigung gestattet die löbliche Polizei dem Werkskasino auf „Gute Hoffnung" Schankbetrieb bis weit über die Polizeistunde? Weiß der Polizeiverwalter in Bedra etwas von diesen Ueberschreitungen und was gedenkt er dagegen zu tun?

Roßbach. Auch ein Edelkommunist". Der „Edelkommunist" Joseph Krause, der nur nach dem Grundsatze lebte, „edel sei der Mensch usw.", muß 20 Tage auf der Hochschule abreißen. Sein Edelmut hat bedeutende Risse bekommen. Erinnerlich ist noch sein ganz gemeines Benehmen in den letzten Wahlversammlungen. Sogar Kommunisten weichen Krause aus; sie erkannten seinen „edlen" Charakter. — Arbeiter, meidet solche Maulhelden! Straft sie mit Verachtung!

Gewerkschaftliches.

Schiedsspruch über Arbeitszeit und Lohn in der Metallindustrie.

Am Montag, dem 23. März, fanden vor dem hallischen Schlichtungsausschuß für die Metallindustrie der drei Tarifgebiete Halle, Magdeburg und Anhalt **Verhandlungen über Arbeitszeit und Lohn** statt. Nach langwierigen Verhandlungen wurde ein Schiedsspruch verkündet, wonach das alte Arbeitszeitabkommen verlängert wird; es ist erstmalig kündbar zum 30 September 1925. Da in nächster Zeit im Reichstag über ein Arbeitszeitgesetz beraten wird, so kann der Schiedsspruch bezüglich der Arbeitszeit mit 14tägiger Frist zum Monatsschluß gekündigt werden, vorausgesetzt, daß dieses Arbeitszeitgesetz in der Zwischenzeit Geltung bekommt.

Der Lohnschiedsspruch sieht für alle Arbeiter über 18 Jahre eine Lohnerhöhung von 3 Pf. vor, so daß für alle Tarifgebiete für den Facharbeiter über 23 Jahre ein Mindestlohn von 61 Pf., für den Angelernten im Anhalt-Magdeburger Tarifgebiet 55 Pf., im hallischen 54,5 und für den Hilfsarbeiter im Anhalt-Magdeburger Tarifgebiet von 49 Pf. und hallischen von 49,5 in Frage kommt. Die Arbeiter von 17 bis 18 Jahren erhalten 2 Pf., die unter 17 Jahren 1 Pf. Lohnerhöhung. Alle Arbeiterinnen des Tarifgebietes Anhalt-Halle über 18 Jahre erhalten 2 Pf. und unter 18 Jahren 1 Pf. Zulage. Die Arbeiterinnen des Tarifgebietes Magdeburg erhalten Lohnerhöhung gemäß des § 7 des Manteltarifs. Die Lehrlingslöhne betragen im ersten Jahre 9 Pf., im zweiten Jahre 11 Pf., im dritten Jahre 15 Pf. und im vierten Jahre 19 Pf. pro Stunde. Ueber die Erhöhung der Wertigkeitszulage sollen die Parteien unter sich Vereinbarungen treffen. Außerdem lagen auch noch Anträge der Kupferschmiede und der Metallarbeiter des Anhalter Tarifgebietes vor, worüber sich die Parteien verständigen sollen. Wenn keine Einigung zustande kommt, entscheidet der hallische Schlichtungsausschuß. Der Lohn soll Geltung haben für die Zeit vom 29 März bis 27. Juni 1925. Der Schiedsspruch bezüglich der Arbeitszeit wurde mit den Arbeitgeberstimmen gefällt, der Schiedsspruch bezüglich der Löhne mit den Stimmen der Arbeitnehmer. Erklärungsfrist wurde festgesetzt bis Sonnabend, den 28. März, mittags 12 Uhr.

Die Metallarbeiter aller in Frage kommenden Orte nehmen nunmehr zu dem Schiedsspruch Stellung.

Protest gegen die Tarifbrüche des Magistrats.

Versammlung der Gartenarbeiter der Stadt Halle.

Am Freitag hatte der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter alle Arbeitnehmer der Garten-, Park- und Friedhofsverwaltungen der Stadt Halle zu einer Branchenversammlung im „Volkspark" eingeladen. Der Bevollmächtigte des Verbandes, Kollege Flücht, gab ein Bild über die Arbeitszeit in gärtnerischen Betrieben. Er kritisierte mit scharfen Worten das reaktionäre System für die unständigen Arbeiter, wie es vom Magistrat eingeführt worden ist. Man will unter allen Umständen versuchen, eine Arbeitszeit zu schaffen, die sich mit dem Arbeitsplan aus der Vorkriegszeit ziemlich deckt. Vom Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang müßten die Arbeiter wieder auf der Arbeitsstelle liegen; es ist höchste Zeit, daß sie versuchen, diesen reaktionären Bestrebungen ein Halt zu gebieten. Schon deshalb, weil man versucht, die Arbeitnehmerschaft der gärtnerischen Betriebe aus dem allgemeinen Rahmentarif aller Gemeindearbeiter herauszunehmen. In einer einstimmig angenommenen Resolution, wird verlangt, daß beim Abschluß des neuen Reichsmanteltarifs 1925 für alle Gemeindearbeiter einschließlich aller Garten-, Park- und Friedhofsverwaltungen der reine Achtstundentag verankert wird.

Zur Frage der Einstellung der unständigen bzw. Saisonarbeiter ist festzustellen, daß sich hier ein System beim Magistrat zeigt, welches sich über alle tariflichen Abmachungen hinwegsetzt. „Los vom Tarifvertrag, Abschluß von Einzelverträgen" ist die Losung der reaktionären Verwaltungen. Ein Kollege soll gegen den andern ausgespielt werden. Monatelang eventuell auch jahrelang sollen die Kollegen unständig beschäftigt werden. Jede im Tarifvertrag festgelegte Bestimmung wird außer Kraft gesetzt. Mit unglaublicher Dreistigkeit begeht man einen Tarifbruch nach dem anderen. In der eingehenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß sowohl die Saisonarbeiter als auch die sogenannten unständigen Arbeiter nach den Bestimmungen des Reichsmanteltarifs eingestellt werden. Folgende Entschließung fand einstimmig Annahme: „Die Gemeindearbeiter der Stadt Halle erheben schärfsten Protest gegen die Willkür des Magistrats in bezug auf die Einstellung von unständigen Arbeitern und Arbeiterinnen in den Garten-, Park- und Friedhofsverwaltungen. Nach dem Zusatzvertrag zum Reichsmanteltarif ist es unstatthaft, unständige Arbeiter nur deshalb einzustellen, um sie vom Manteltarifvertrag auszuschließen. Weiterhin kommen einmalig auszuführende Arbeiten in den obenbenannten Betrieben augenblicklich nicht vor. Die jetzt zu leistenden Arbeiten sind zum größten Teil planmäßig bzw. Saisonarbeiten. Diese Arbeiten aber dürfen nicht von unständigen, sondern müssen von ständigen oder Saisonarbeitern verrichtet werden. Die Gemeindearbeiter erheben deshalb schärfsten Protest gegen den Tarifbruch des Magistrats und verlangen sie die sofortige Anwendung des Reichsmanteltarifs sowie des Bezirkszusatzvertrags auf alle Beschäftigten."

Mit einem Hinweis, daß am 27. März zur Betriebsratswahl jeder Kollege und jede Kollegin die Pflicht hat, für die freigewerkschaftliche Liste zu stimmen, fand die imposante Versammlung ihr Ende.

Die werdende Eisenbahner-Einheitsfront.

Am 22. März fand in Berlin eine Tagung der Fachgewerkschaft der Eisenbahnstationsschaffner, Amtsgehilfen und Magazinbeamten statt, um zu der auf der Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter am 27. und 28. Januar beschlossenen Einheitsorganisation mit dem Deutschen Eisenbahnerverband Stellung zu nehmen. Von den 42 Delegierten sprachen sich 20 für die Einheitsorganisation aller Eisenbahner und 15 dagegen aus. 7 Delegierte enthielten sich der Stimme, sind aber Anhänger der Einheitsorganisation. Im Anschluß an diese Tagung wurde noch am gleichen Tage die Bildung einer Fachgruppe der Stationsschaffner, Magazinbeamten und Amtsgehilfen in der Einheitsorganisation beschlossen.

Paul Umbreit 25 Jahre Redakteur.

25 Jahre an hervorragender Stelle zu stehen, ist nicht vielen vergönnt. Am wenigsten in der Arbeiterbewegung, denn da wehen die Stürme zu stark. Paul Umbreit war es vergönnt, am 16. März 1900 wurde er Redakteur des „Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" und noch heute hat er den Posten inne. Das „Korrespondenzblatt" wurde 1891 von Karl Legien gegründet. Es erschien in bescheidenstem Umfang, unregelmäßig und brachte zunächst nur kleine Mitteilungen aus dem Verbandsleben. Mit der Zeit wurde es zwar umfangreicher, es nahm auch häufig Stellung zu den verschiedensten Fragen, aber erst nachdem ein Redakteur angestellt wurde, bekam es den Charakter, der es sehr rasch zum führenden Blatt der deutschen Gewerkschaften machte. Dieser Redakteur war Paul Umbreit. Es war ein sehr glücklicher Griff, den die Generalkommission damals machte. In innigster Fühlung mit Legien ist Umbreit mitbestimmend geworden für das Werden und für den Geist der deutschen Gewerkschaften. Soweit es ein einzelner vermag, hat er der Gewerkschaftsbewegung seinen Stempel aufgedrückt und es muß gesagt werden, daß die Gewerkschaften froh sein können, daß ein Paul Umbreit bei ihnen einer der Richtunggebenden wurde. Besonders hat sich Umbreit hervorgetan auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Was er im „Korrespondenzblatt" und auch in besonderen Schriften sozialpolitisch geleistet hat, braucht an dieser Stelle im einzelnen nicht erst hervorgehoben zu werden. Möge Umbreit noch lange Jahre in gewohnter Weise seinen Posten ausfüllen.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Mittwoch, den 25. März.

10 Uhr vorm.: Wirtschaftsrundfunk: Woll- und Baumwollpreise. 10.15 Uhr vorm.: Was die Zeitung bringt. 12 Uhr mittags: Mittagsmusik. 12.55 Uhr nachm.: Nauener Zeitzeichen. 1 Uhr nachm.: Börsen- und Pressebericht. 4 Uhr nachm., 6 Uhr und 6.15 Uhr abends: Landwirtschaftliche Preisberichte. 4.30 bis 6 Uhr nachm.: Märchennachmittag für Kinder. Traute Alsen liest Märchen, die Rundfunkhauskapelle spielt entsprechende Weisen und Luise Fladnitzer singt Kinderlieder. 6.45 bis 7 Uhr abends: Funkbastlerstunde. 7 bis 7.30 Uhr abends: Vortrag: Hans Balzer: „Eine kleine Reise mit der Rundfunkkutsche durch das Sachsenland". 7.30 bis 8 Uhr abends: Vortrag: Martin Kunath (Altenburg): „Die Lyrik der Frau". 8.15 Uhr abends: Zu Beethovens Todestag 26. März 1827): Beethoven-Abend. Dirigent: Alf Szendrei. Solist: Fritz Weitzmann (Klavier). Das Leipziger Symphonie-Orchester. 1. Ouvertüre zu „Coriolan", Opus 58. 2. Klavier-Konzert Nr. 4 (G-Dur), Opus 58. 3. Fünfte Symphonie (C-Moll), Opus 67. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst. Schluß 10 Uhr. Danach Freizeit für Funkfreunde, die ausFunkfreunde, die auswärtige Stationen hören wollen. Bekanntgabe der Gewinne der 186. Sächsischen Landeslotterie.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. L. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: G. Kasparek; für Provinz und Sport: Alfr. Wielepp; für den Anzeigenteil Wilhelm Hertig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H. Halle, Harz 42/44.

Sinner Liköre

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250324-18/fragment/page=0007

Das Blatt der Frau

Wen wählt die Frau?

Der Machtzuwachs der Deutschnationalen im Reichstag ist zu einem wesentlichen Teil auf die Stimmen der Frauen zurückzuführen. Das deutschnationale Wahlversprechen der Aufwertung aller Vorkriegsersparnisse hat besonders auf die Frauen sehr stark gewirkt. Der Wahlausgang vom 7. Dezember hat den Deutschnationalen die ersehnte Rechtsregierung gebracht. Heute hätten die Deutschnationalen die Macht, ihre Wahlversprechungen einzulösen.

Was haben sie statt dessen getan? Die Forderungen zur Regelung der Aufwertungsfrage haben sie zunächst verschleppt. Als dann die Sozialdemokratie im Reichstag einen Gesetzentwurf aufgriff, den die Deutschnationalen früher selbst eingebracht haben, stimmten sie jetzt gegen ihren eigenen früheren Antrag zur Aufwertung.

Die Interessen der Großgrundbesitzer und der Industriellen, die Nutznießer der Geldentwertung waren, wirken in dieser Partei stärker als alle Wahlversprechungen. Diese Interessen wirken so stark, daß die Rechte nicht nur das den Arbeiter- und Mittelstandswählern gegebene Aufwertungsversprechen brach. Sie hat diese Kreise auch noch provoziert, indem sie den Großindustriellen an der Ruhr für längst ausgeglichene Schäden einen Betrag von 700 Goldmillionen zuschanzte. Dieser Betrag muß gedeckt werden aus den Mitteln der Steuerzahler. 70 Prozent aller Steuern werden von den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebracht; aber sie müssen mehr Steuern zahlen, damit die Berg- und Industrieherren an der Ruhr Millionen untereinander verteilen können.

Nach einer solchen Demaskierung der Rechten darf keine denkende Frau mehr ihre Stimme einem Kandidaten geben, der von den Deutschnationalen aufgestellt wird. Die Präsidentenwahl am 29. März wird von den enttäuschten Wählern und Wählerinnen der Deutschnationalen als eine willkommene Gelegenheit zur Abrechnung erwartet. Alle Stimmen gehören an diesem Tage dem Kandidaten der Sozialdemokratie, der würdig und gerecht sein hohes Amt verwalten wird, wie Ebert es tat.

Wählt Otto Braun!

Unfruchtbarmachung geistig Minderwertiger

Die fortschrittliche Presse hat zu diesem Thema schon verschiedentlich Stellung genommen. Auch von unserer Seite wurde die Frage der Unfruchtbarmachung geistig Minderwertiger schon angeschnitten. Wie bei allen Reformbestrebungen kann aber auch hierbei gar nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß akute Probleme vorliegen, selbst wenn reaktionär unzugängliche Kreise den Kopf in den Sand stecken. Nun gibt es gewiß im Augenblick dringende Fragen, wie Tuberkulosebekämpfung, Kampf gegen den Alkoholmißbrauch, gegen engherzige Einstellung zu den Abtreibungs- und Homosexuellenparagraphen. Trotzdem ist die vorliegende kaum weniger der ernsthaften Erörterung wert. Eine Tatsache beweist das schon: Ein genau in seiner Nachkommenschaft verfolgter Verbrecher hatte in 70 Jahren ungefähr 800 Abkömmlinge, von denen etwa 400 der staatlichen oder Gemeindefürsorge zur Last fielen und einen Kostenaufwand von mehreren Millionen Mark verursachten. Diese Mittel hätten produktiv verwendet werden können, hätten zur Bekämpfung von Volkskrankheiten, zur Errichtung sozialer Unternehmungen verwendet werden können oder hätten auf andere Weise die soziale Lage Bedürftiger heben können. Statt dessen dienten sie zur Konservierung von für die Gesellschaft wertlosen Individuen, dienten dazu, diese großzuziehen, in das fortpflanzungsfähige Alter zu bringen, ihnen die Möglichkeit zur Erzeugung von Nachkommen zu erhalten und diese unglücklichen Nachkommen auf dieselbe Weise zu behandeln. Dieser eine verfolgte Fall ist keineswegs eine Einzelerscheinung. Man könnte mit Leichtigkeit Milliarden Mark errechnen, die so verlorengegangen sind. Ein Ausweg scheint für den einfachsten Menschen schon ganz selbstverständlich zu sein. Man muß den sozial Minderwertigen die Möglichkeit zur Fortpflanzung nehmen, wenn man damit rechnen kann, daß ihre Nachkommen sozial auch minderwertig sind. Das ist natürlich Grundbedingung. Es kann sich also nur um die Zahl der vererblich Minderwertigen handeln.

Die prinzipiellen Gegner einer Unfruchtbarmachung lehnen sie zunächst aus einem stichhaltigen Grunde ab. Sie sehen in einer zwangsweisen Sterilisierung einen nicht zulässigen Eingriff in die persönliche Freiheit. Wie verträgt sich das mit dem Eintreten für die Abtreibungsstrafe? Da scheinen diese Kreise nichts gegen die Eingriffe in die persönliche Freiheit einzuwenden zu haben. Doch indem wir auf diesen Widerspruch hinweisen, widerlegen wir unsere Gegner noch nicht. Der Unterschied zwischen den Frauen, die von ihrer Frucht befreit sein wollen, und den geistig Minderwertigen liegt auf der Hand. Bei den Frauen handelt es sich fast immer um verantwortungsbewußte Menschen, die die Tragweite ihrer Entschlüsse und die Gründe zu ihrem Handeln übersehen. In deren Freiheit eingreifen zu wollen, ist in der Tat ein Verbrechen. Den geistig Minderwertigen fehlt dagegen fast immer das Verantwortungsbewußtsein und der Blick für die Tragweite ihrer Handlungen. Wer aber kein klares Bewußtsein hat und doch in einem sozialen Gefüge lebt, wie es der Staat und die Gesellschaft sind, der kann mit Recht von diesem sozialen Gefüge unter Beaufsichtigung genommen werden, für den muß das soziale Gefüge sogar eintreten im Interesse der wertvolleren Mitglieder. Denn von diesen soll das Höchstmaß der Leistung erreicht werden.

Der Eingriff in die persönliche Freiheit ist also gar kein Eingriff in eine Freiheit, sondern nur ein Schutz gegen die Knechtschaft, in der diese Individuen von tierischen, verantwortungslosen Trieben gehalten werden.

Eingewendet wird, es sei unmöglich, mit Sicherheit die Vererblichkeit aller geistigen Erkrankung nachzuweisen. Das ist gar nicht erforderlich. Man sterilisiere zunächst die Kranken, von denen mit großer Wahrscheinlichkeit minderwertige Kinder zu erwarten sind. Da kommt als Krankheit in Betracht: Schizophrenie, an der 5 Prozent der Insassen der Irrenanstalten leiden. Die Wahrscheinlichkeit ihrer Vererbung beträgt, wenn zwei Kranke sich heiraten, 50 Prozent. Epilepsie hat nur eine Erkrankungswahrscheinlichkeit von 10 Prozent; im Laufe der Generationen schwächt die Krankheit sich immer mehr ab, so daß hier eine Sterilisation nur mit Vorsicht zu verantworten wäre. Die angeborenen Defektzustände, wie zum Beispiel der angeborene Schwachsinn, erfordern unbedingt eine Unfruchtbarmachung. Bei Ehen zwischen zwei Schwachsinnigen kommen auf 100 Kinder 99 kranke und 1 gesundes. Wenn der eine Teil der Eltern gesund ist, werden immer noch die Hälfte der Kinder krank.

Der geborene Verbrecher ist nicht in demselben Sinne schwachsinnig. Bei ihm handelt es sich vielmehr um moralischen Schwachsinn. An zahlreichen Fällen hat man verfolgen können, daß die Kinder der moralisch Schwachsinnigen mit großer Wahrscheinlichkeit auch wieder asoziale, d. h. für die Gesellschaft schädliche Geschöpfe werden. Ihre Erzeugung kann mit gutem Gewissen verhindert werden. Die Chorea führt immer zu schwerer Verblödung und ist erblich. Sie zeigt auch die Sterilisation an. Blindheit und Taubheit kommen als dringende Gründe hinzu, sofern sie nicht aus äußeren Ursachen im späteren Leben erworben worden sind. Rückfällige Sittlichkeitsverbrecher müssen sterilisiert werden, um die Frauen vor der Befruchtung durch sie zu schützen.

In Amerika hat man mit der Sterilisation gute Erfahrungen gemacht. In wenigen Jahren wurden allein in Kalifornien 2558 Operationen vorgenommen. In 15 Staaten sind die betreffenden Gesetzesvorschläge angenommen worden. In Europa ist die Schweiz als erster Staat mit gutem Beispiel vorangegangen. Eine erhebliche Anzahl von Operationen hat dort stattgefunden. Mit Leichtigkeit kann man berechnen, welche gewaltige Geldmittel für produktive Arbeiten z. B. in Kalifornien frei geworden sind, die sonst zur Aufzucht der Nachkommen von diesen 2558 Operierten hätten dienen müssen.

In Deutschland unterliegen zurzeit in Sachsen bei der Regierung entsprechende Vorschläge des Kreismedizinalrats Dr. Boeters einer eingehenden Prüfung. Es ist zu hoffen, daß wir in Deutschland bald auf dem skizzierten Wege vorwärts kommen.

Frauenbewegung und Wohnungskultur

Der Befreiungskampf der sozialistischen Frau unterscheidet sich von dem des Mannes dadurch, daß er ein doppelter ist. Nicht nur von der Unterdrückung und Ausbeutung durch den Kapitalismus, sondern auch von der durch den Mann verursachten gilt es sich zu befreien. Die Voraussetzung zur Führung eines Kampfes ist der Besitz und die Fähigkeit der Anwendung von Waffen. Gewiß handelt es sich in diesem Kampfe nicht um irgendwelche Mordwaffen, um so mehr aber um geistige. Die geistige Bildung des weiblichen Geschlechts ist aber seit Jahrtausenden sehr vernachlässigt. Und heute hört man von Eltern, wenn es sich um die Ausbildung einer Tochter handelt, oft den Ausspruch: „Es ist ja nur ein Mädel" und „Zum Heiraten langt's schon". Es ist geradezu ungeheuerlich, einen derartigen Standpunkt, durch den Eltern ihre Töchter einer modernen Sklaverei preisgeben, bei Kulturvölkern als Selbstverständlichkeit vorzufinden. Hier gilt es, Versäumtes nachzuholen und für die Zukunft vorzubeugen. Wie oft aber begegnet man bei dem Hinweis, daß das auf geistigem Gebiete Versäumte nachgeholt werden muß, dem Einwand, daß hierzu die nötige Zeit fehle. In der Regel ist es auch so. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend gibt es in Haus und Küche zu fegen und zu wischen, den Staub zu vertreiben, zu kochen, zu spülen, zu waschen und zu plätten; der Berg von Zerrissenem wird immer gewaltiger. Alles Dinge, deren Erledigung durchaus notwendig und auf deren pünktliche und ordnungsmäßige Erledigung eine ordnungsliebende Hausfrau Wert legen wird. Ihr ganzes eigenes Leben opfert sie diesen Aufgaben.

So wäre also das tragische Schicksal der Frau, sich das nötige geistige Rüstzeug nicht beschaffen zu können?! — Betrachten wir uns doch einmal die Dinge etwas näher, untersuchen wir einmal, ob nicht doch ein Weg zum Ziele führt. — Das Streben der Frau ist auf ein gemütliches Heim gerichtet. Zu erreichen wird dieses Ziel gesucht durch Aufhängen von Spiegeln, Uhren, Bildern und Bilderchen, von Eckbrettern, Konsolen und Konsölchen usw. usw. Letztgenannte sowie Schränke und Kommoden werden wieder bestellt mit Photos und Nippes aus Glas und Porzellan. Dazu kommen Decken und Deckchen, Vorhänge und Kissen oft doppelt und dreifach übereinander. Wieviel Zeit, Mühe und auch Geld hat das Verfertigen dieser meist recht unnützen Dinge gekostet?! Zeit und Geld könnten hier wahrlich fruchtbringender verwendet werden. Vom künstlerischen Standpunkt betrachtet stellen diese Dinge meist den größten Schund dar. Oft sind es nur noch Scherben oder Fetzen, wert in Müllgrube oder Lumpensack zu wandern. Gar nicht davon zu reden, daß heute noch oft in Arbeiterwohnungen, vor allem in ländlichen Gebieten, Fürsten- und sonstige Götzenbilder vergangener Zeiten angetroffen werden! Wieviel Klimbim sammelt sich so im Laufe der Jahre und Jahrzehnte an. Vom Groß- und Urgroßvater vererbtes und irgendwelche Gelegenheitsgeschenke von Verwandten und Freunden werden sorgfältig durch Jahrzehnte aufbewahrt. Alle Ecken der Wohnung sind mit solchen Dingen gefüllt. Als Staub- und Bazillenfänger stehen sie da, die Gesundheit und Lebenslust, ja das ganze Eigenleben der Frau vernichtend! Wer aber wagt es, diesen Krempel zu vernichten, sich loszureißen von dem Fetischdienst an ererbten und geschenkten Gegenständen? Nur wenige haben bis jetzt den Mut aufgebracht! So lassen sich viele Frauen von toten Gegenständen versklaven, statt Herr über diese Dinge zu sein, und klagen über zuviel Arbeit, die keine Zeit zu anderen Dingen übriglasse. Man komme nicht mit der Ausrede, daß die „Schönheit" der Wohnung unter der Beseitigung der angeführten Dinge leiden würde. Vielmehr sagen wir, daß die Nervosität, die in mit solchem Unrat angefüllten Wohnungen liegt, sich auf die Bewohner übertragen muß und außerdem das ästhetische Empfinden eines Menschen unserer Zeit verletzt. Macht nur einmal den Versuch, werft den alten, überflüssigen Krempel hinaus; legt auch Hand an vorhandene alte Möbel. Aufsätze, Aufbaue und sonstiger Schnörkelkram an Sofas, Schränken und Vertikos können oft mühelos beseitigt werden. Alte, unzeitgemäße Möbel sind oft mit wenig Kostenaufwand in geschmackvolle, zeitgemäße umwandelbar. Ihr werdet erstaunt sein über den Erfolg. Nicht unendliche Ueberladung und viel Schnörkeleien liegen im Wesen unserer Zeit, sondern Einfachheit und Schlichtheit, wuchtige Linienführung, Farben- und Flächenwirkung sind die Merkmale der Aesthetik des 20. Jahrhunderts.

Es ist falsch, zu glauben, die Wand ohne Bild sei kalt und kahl. Wir wollen nun durchaus nicht die Entfernung aller Bilder von heute auf morgen. Wir brauchen eine Uebergangszeit, bis die Voraussetzung zur bilderlosen Wohnung geschaffen ist. Finden Bilder als Wandschmuck Verwendung, so muß in erster Linie darauf geachtet werden, daß diese gut sind. Wenig aber gut sei hier das Leitmotiv. Ein größeres oder kleineres Bild (Größe und Art des Bildes muß mit der Eigenart des Zimmers im Einklang stehen) wird genügen, um eine Wand sinnvoll zu schmücken. Das Ideal aber ist und bleibt das bilderlose Zimmer. Nicht weil wir Gegner, sondern weil wir Freunde des guten Bildes sind. Das Betrachten von Kunstwerken soll ein Erleben derselben in einer stimmungsvollen Stunde sein. Deshalb gehört das Bild in die Kunstmappe, aus der man es in einer solchen Stunde hervorholt und erlebt. Das Bild an der Wand schaut auf einem in jeglicher Stimmung herab; es wird so zur kaum noch beachteten Alltäglichkeit. Außerdem ist es aber auch, und in diesem Zusammenhang vor allem, die praktische, arbeitsparende Seite, die uns das bilderlose Zimmer Ideal werden läßt. Darum muß Wert darauf gelegt werden, daß bei vorzunehmender Renovierung (noch mehr natürlich bei Neubauten) an Stelle der oft unmöglichen Tapetenmuster Farben- und Flächenwirkung tritt. Durch richtige Anwendung von Farbe und Fläche wird jeder Wandschmuck überflüssig, ja unmöglich; der für ein harmonisches Zimmerbild notwendige Rhythmus ist hier schon vorhanden. Hören wir nun endlich auf, uns Wesensfremdes aus längst vergangenen Zeiten zu übernehmen. Die stillose Zeit der letzten Jahrzehnte ist vorüber. Unsere Zeit, die Zeit des aufstrebenden Proletariats, hat einen eigenen Stil, der in seiner wuchtigen Eigenart ganz dem Wesen der revolutionären Epoche entspricht. Allen, die sich in den Gedanken einer neuen Wohnungskultur vertiefen wollen, sei das Büchlein von Bruno Taut „Die neue Wohnung" (Leipzig 1924, Verlag von Klinghardt u. Biermann) zu eingehender Lektüre empfohlen.

Die neue Wohnungskultur hat einen doppelten Vorzug: es wird eine in jeder Beziehung schöne und deshalb auch gemütliche Wohnung geschaffen, und außerdem wird viel Zeit und Geld gespart. Auch in hygienischer Hinsicht hat die neue Wohnung bedeutende Vorzüge. Gleichzeitig mit der Umgestaltung der Wohnung muß allerdings Vorsorge getroffen werden, daß nicht nach einiger Zeit sich wieder ein Haufen unnützen Plunders angesammelt hat. Man sage seinen Verwandten und Bekannten unverblümt, daß sie etwas Praktisches oder lieber gar nichts schenken sollen. Erhaltene unnütze Geschenke, die man nicht zurückweisen konnte, versuche man umzutauschen. An Stelle von Bildern, Büsten, Säulen usw. sind Kochkiste, Abwaschmaschine, Eisschrank usw. vorzuziehen. Ueberhaupt muß Wert darauf gelegt werden, die Errungenschaften der Technik im Haushalt praktisch anzuwenden mit dem Ziel, den im Haushalt notwendigen Aufwand an Arbeitskraft auf ein Minimum herabzudrücken. Denn alle, welche die kulturelle Aufgabe des Proletariats erkannt haben, werden auch zugeben, daß diese Aufgabe nur erfüllbar ist in Verbindung mit der Befreiung der Frau aus geistiger und wirtschaftlicher Knechtschaft. Der Kampf um die Befreiung der Frau wird aber in erster Linie das Werk der Frau selbst sein müssen. Jede Frau nun, die die Notwendigkeit des Kampfes erkannt hat und bereit ist, diesen zu führen, muß mit der Befreiungsarbeit an sich selbst und ihrer nächsten Umgebung beginnen. Sich zuerst einmal befreien von toten, unnützen Dingen in der Wohnung, die nur eine zeit- und gesundheitfressende Wirkung ausüben, um so Zeit, körperliche und geistige Kraft zum Kampfe zu gewinnen.

E. B.

„Rotkäppchen ist gerächt!"

— so melden triumphierend die Zeitungen aus dem im Nordwesten der Vereinigten Staaten gelegenen Minnesota. Im Jahre 1885 traf nämlich den in der Stadt Bruce lebenden Rechtsanwalt Davis das Unglück, seine siebenjährige Tochter auf entsetzliche Weise zu verlieren. Das Kind, das auf dem Wege zur Schule durch einen Wald zu gehen hatte, war hier von einem Rudel Wölfe überfallen und zerrissen worden. Davis gab damals sofort seinen Beruf auf und führte seither einen erbitterten Kampf gegen die Wölfe des Landes. Die von der Regierung für jeden erlegten Wolf ausgesetzte Kopfprämie lehnte er ab, da er diese persönliche Racheangelegenheit nicht mit einer Geldfrage verknüpft sehen wollte. Im Verlauf von 40 Jahren hat Davis nicht weniger als 1200 Wölfe in seinem Rachekampf zur Strecke gebracht. Der heute 60 Jahre alte Jäger darf sich rühmen, den Wolf in Minnsota völlig ausgerottet zu haben. Er hatte seine Heimat von der Wolfsplage geheilt und sein Kind gerächt.

„Smith, des Schweigsamen" selige Erben. In San Franzisko wurde dieser Tage das Testament der kürzlich dort verstorbenen Frau Anne de St. Cyr eröffnet. Sie war die Witwe eines berühmten Neuyorker Finanzmannes, der unter dem Namen „Smith, der Schweigsame" in ganz Amerika bekannt war. Seiner Witwe, die in der Folge in zweiter Ehe einen französischen Edelmann heiratete, hinterließ er die Kleinigkeit von 45 Millionen Dollar. In die Riesenerbschaft, die diese nun weitervererbt hat, teilen sich mit dem Witwer Jean de St. Cyr die beiden Söhne der Verstorbenen und ihre einzige Tochter, die Prinzessin Anita von Braganza.

Die Tragödie eines Erfinders.

A. J. Guiard, ein in England naturalisierter Franzose, der seit vielen Jahren an der Erfindung eines neuartigen Motors arbeitete, schied vor kurzem unter tragischen Umständen gemeinsam mit seiner Frau aus dem Leben. Da es ihm trotz aller Anstrengungen nicht gelingen wollte, das englische Patentamt von dem Wert seiner Erfindung zu überzeugen, zertrümmerte er in einem Anfall von Verzweiflung die Modelle, die er eigenhändig angefertigt hatte und steckte sodann sein Anwesen in Brand, nachdem er es vom Keller bis zum Giebel mit Petroleum getränkt hatte. Vorher erschoß er mit ihrer Einwilligung, seine Frau. Dann stürzte er sich in die Flammen, die dank den getroffenen Vorkehrungen schnell aufloderten. Bei dem Motor Guiards, den die englische Behörde als nicht patentfähig bezeichnete, soll es sich um eine Erfindung handeln, die auf einem originellen Gedanken beruhte; aber Guiard besaß offenbar nicht die genügenden technischen Fähigkeiten, um ihn in einwandfreier Weise zu verwirklichen. In einem an seinen Rechtsanwalt gerichteten Schreiben erhob er gegen die Beamten des Patentamtes den Vorwurf, daß sie seine Erfindung in böswilliger Weise unterdrückt hätten, um ihn zugrunde zu richten. Doch das war zweifellos nicht der Fall; denn aus den Akten ergibt sich, daß die Einwände, die gegen die Erfindung Guiards erhoben wurden, durchaus gerechtfertigt waren.

Die Rache des Malers.

Die geistvolle Art, in der sich einst der berühmte französische Maler Girodet, der Lieblingsschüler Davids, an einer geizigen Auftraggeberin rächte, wird gelegentlich der 100. Wiederkehr des Todestages des Künstlers von einem französischen Blatt in die Erinnerung zurückgerufen. Die Schauspielerin Lange, die berüchtigte Freundin von Barras, die sich nach ihrer Verheiratung mit dem Brüsseler Wagenfabrikanten Simons als vornehme Dame aufspielte, hatte Girodet mit der Anfertigung ihres Bildes beauftragt. Bei der Ablieferung aber fand sie nicht nur den geforderten Preis zu hoch, sondern machte auch allerlei Ausstellungen, daß das Bild nicht ähnlich sei, weil es nämlich nicht genügend schmeichelte. Der Maler geriet über diese Ausstellungen der eingebildeten neuen Reichen in helle Wut, zerschnitt das Bild mit einem Taschenmesser und warf ihr die Stücke zu Füßen mit dem Bemerken, daß er auf das vereinbarte Honorar verzichte, aber sich schon auf andere Weise bezahlt machen werde. Wie er das gemeint hatte, konnte man im Pariser Salon vom Jahre 1800 sehen. Dort hing nämlich ein Bild von Girodet, das zu den seltsamsten gehörte, das man je gesehen hatte. In einer elenden Hütte lag auf einem mit Lumpen bedeckten Strohsack eine junge Frau mit einem Kopfputz von Pfauenfedern der eine allegorische Figur, die ersichtlich die Eitelkeit verkörperte, einen Handspiegel vorhielt. Auf einem Nachttisch stand ein Nachtlicht, um das sich ein Schwarm Schmetterlinge und Fliegen tummelte. Unter dem Bett spreizte sich ein Truthahn, dessen eine Kralle einen Ehering trug, und in einem Winkel der Hütte kniete eine alte Frau in der Stellung einer Bettlerin neben einem Frosch, der sich aufblähte, daß er jeden Augenblick zu platzen drohte. Vom Dach aus ergoß sich über diese erbärmliche Danae durch eine Oeffnung nicht ein Goldregen, sondern ein Regen von silbernen Fünffranks- und kupfernen Sou-Stücken. Die junge Frau aber, die da auf dem Lumpenlager lag, trug die wohlgetroffenen Züge von Fräulein Lange. Die Bettlerin war ihre Mutter und der Truthahn ihr Gatte. Das Bild hing nur 24 Stunden in der Ausstellung; aber diese genügten, um einen Skandal zu entfesseln, der von den vielen Feinden der berüchtigten Schauspielerin noch geflissentlich genährt wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250324-18/fragment/page=0008